



Lehrer und Schulle

*Weltlehrekongress
vom 22.–26. Juli 2007 in Berlin*



»Lehrer und Schule«
Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung,
Landesverband Hessen e. V.

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Hessen e. V.

Landesvorsitzender:
Helmut Deckert
Im Eichhof 5 · 36391 Sinnthal

Redaktion:
Hermann Beck
Im Langenmorgen 29 · 35794 Mengerskirchen
Telefon: (0 64 76) 5 62 · Telefax: (0 64 76) 4 19 02 46
E-Mail: h.beck-mgk@t-online.de

Landesgeschäftsstelle:
Niedergärtenstraße 9 · 65353 Mainhausen-Zellhausen
Telefon: (0 61 82) 89 75 10 · Telefax: (0 61 82) 89 75 11
E-Mail: vbe-he@t-online.de
Homepage: <http://www.vbe-he.de>

Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
Gebrüder Wilke GmbH
Druckerei und Verlag
Caldenhofer Weg 118 · 59063 Hamm
Telefon: (0 23 81) 9 25 22-0
Telefax: (0 23 81) 9 25 22-99
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

Die offizielle Meinung des VBE geben nur gekenn-
zeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Or-
gane des VBE wieder. • Für unverlangte Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung un-
verlangt zugesandter Bücher und deren Besprechung
bleibt vorbehalten. Nachdrucke nur mit schriftlicher
Genehmigung der Redaktion.

Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht
und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die
Redaktion behält sich Kürzungen vor. Rechtsansprüche
können aus der Information nicht hergeleitet werden.

ISSN 1860-739X

Kommentar

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



ein neues Kalenderjahr hat be-
gonnen und vieles, was uns im ab-
gelaufenen Jahr begleitet hat, ist
wie selbstverständlich wieder mit
von der Partie.

beitskraft der Schulleitungen und
Sekretärinnen ist nämlich endlich
und begrenzt. Aber wie bei ande-
ren Dingen auch bleibt die Lan-
desregierung hartnäckig auf Kurs,
auch wenn der Kritiker nicht ge-
rade wenige sind.

Das gilt auch für die neue Lehrer-
ausbildung nach dem ersten

Im Blätterwald rauscht es nach wie vor über
die Unterrichtsgarantie Plus. Wobei man im
Übrigen dieses Vorhaben nicht unbedingt ge-
gen alle hätte durchsetzen müssen: In Schles-
wig-Holstein gibt es eine Vereinbarung zur
Minimierung von Unterrichtsausfall, die das
dortige Ministerium und alle (!) Lehrgewerk-
schaften unterschrieben haben. Konsens vor
Konflikt!

Staatsexamen mit ihren Modulen. Längst ist
klar, dass diese zu viele und auch noch zu voll
gepackt sind. Abhilfe und Änderung tut drin-
gend not wie auch bei der Praxis, dass Module
den – doch gewollten – koordinierten Schul-
alltag durcheinanderbringen können. Wozu
soll eine Schule noch Lehrkräfte im Vorberei-
tungsdienst nehmen, wenn damit das schul-
eigene Curriculum geändert werden muss?
Hier müssen die Studienseminare mehr Flexi-
bilität beweisen – wie es offensichtlich auch
flexibel geht, beim Modul „Mathematik in
Haupt- und Realschule“ die Unterrichtsstunde
in der Grundschule (!) zu halten.

Über die absolut gegensätzlichen Jubelmeldun-
gen der Regierung und die Horrormeldungen
der Opposition hinweg kristallisiert sich in-
zwischen immer mehr heraus, dass die Wahr-
heit irgendwo in der Mitte liegt.

Und mein ceterum censeo: Weniger die Studi-
enseminare als das Kultusministerium ist aber
in der Bringschuld, die Anrechnungspunkte für
die Mentoren und Mentorinnen zu erhöhen.
Der VBE hat als Erster und immer wieder an-
gemahnt, dass 40 Fortbildungspunkte in zwei
Jahren ein Hohn sind, solange man mit einer
Wochenreise in die Türkei ebenfalls die gleiche
Zahl Punkte erhält. Ich weiß auch nicht, warum
man hier so lange zögert: Diese Umsetzung ist
kostenneutral und würde die Wertschätzung
für die Mentorinnen und Mentoren – die im-
mer wieder gepredigt wird – auch offen sicht-
bar machen. Da lassen wir nicht locker!

Solange das Kultusministerium aber nicht be-
reit ist, verlässliche Zahlen zur Verlässlichen
Schule auf den Tisch zu legen (sonst fragt
man an den Schulen doch auch alle möglichen
und unmöglichen Zahlen ab), wird es kein ver-
lässliches Bild geben. Es bestärkt mich in dem
Eindruck, dass es bis in die einzelnen Schulen
hinein abhängig ist, wie das System funk-
tioniert und vor allem, wer denn unterrichtet.

Es wird in der hessischen Schulpolitik auch
2007 spannend bleiben, zumal die Landtags-
wahlen immer näherrücken. Das soll aber uns
Lehrerinnen und Lehrer nicht davon abhalten,
unseren schweren, aber schönen Beruf als
Dienst an den Kindern und Jugendlichen zu
sehen. Dazu wünsche ich Ihnen Erfolg, Ge-
sundheit und Zufriedenheit im neuen Jahr.

Da gibt es offensichtlich Schulen, die – warum
auch immer – nur ausgebildetes Lehrpersonal
im Pool haben, und andere, bei denen die Abi-
turientin von nebenan unterrichten soll. Auffäl-
lig ist auch, dass es nur ein einziges Schulamt
gibt, in dem es bislang keinerlei Einsprüche sei-
tens der Personalräte gegen die Aufnahme von
Personen in den Pool gegeben hat ...

Ihr
Helmut Deckert
VBE-Landesvorsitzender

... wohingegen es wohl landesweit nicht
immer eine Lust ist, mit der neuen LUSD zu
arbeiten. Auch bei den Zeugnisausdrücken hat
es zum Halbjahreswechsel gehapert.

Solche Mammutprogramme müssen die Schu-
len unterstützen und nicht als Versuchskanin-
chen für Programmierer dienen. Auch die Ar-

Weltlehrerkongress in Berlin

Vom 22. bis zum 26. Juli 2007 werden ca. 1.500 Delegierte aus allen Teilen der Welt im Ber-
liner Estrel Convention Center zusammenkommen. Alle drei Jahre veranstaltet die Education
International (EI) einen Weltlehrerkongress. Die letzten Weltlehrerkongresse wurden in Porto
Allegre, Brasilien (2004), Jomtien, Thailand (2001), und in Washington, USA (1998), abgehal-
ten. In diesem Jahr wird der Weltlehrerkongress der EI erstmals in Deutschland stattfinden.
Schon jetzt steht fest, dass Bundespräsident Horst Köhler den Weltlehrerkongress mit einer



Ansprache eröffnen wird. Das Thema des Kongresses heißt:
„Educators – Joining together for quality education and social justice“.

2
Kommentar

3
VBE Bund:
Fördern und Fordern

5
Über den Zaun geschaut:
Chinas Bildungssystem

6
dbb

7
Erfolgreich
präventiv handeln
Vortrag 2. Teil

11
Rechtsecke
Bücher und Medien

14
Informationen

Fördern und Fordern – eine Herausforderung für Bildungspolitik, Eltern, Schule und Lehrkräfte

Gemeinsame Erklärung der Bildungs- und Lehrgewerkschaften und der Kultusministerkonferenz

I Präambel

Die Kultusministerinnen und Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland sowie die Vorsitzenden der Lehrverbände und -gewerkschaften sehen sich gemeinsam in der Verantwortung für die Weiterentwicklung von Bildung und Erziehung in deutschen Schulen.

In der konsequenten Verwirklichung des Prinzips „Fördern und Fordern“ in Schule und Unterricht sehen sie eine der zentralen Herausforderungen. Die möglichst klare Beschreibung der angestrebten Bildungs- und Erziehungsziele einerseits und die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sowie das frühzeitige Erkennen ihrer Stärken und Schwächen andererseits sind dafür eine entscheidende Voraussetzung.

Es gilt, eine Entwicklung zu befördern, die es den Lehrkräften ermöglicht, sich stärker auf den einzelnen Schüler und die einzelne Schülerin zu konzentrieren. Das sollte bei Schülerinnen und Schülern, bei den Eltern und insgesamt in der Gesellschaft zu einem positiveren Verständnis von Lernen und Leistung führen. Interne und externe Evaluation sollen als Instrumente schulischer Qualitätsentwicklung wie auch als Instrumente individueller Förderung verstanden werden. Sie können z. B. auch wichtige Hinweise darauf geben, wo individuelle Förderung notwendig ist und wie sie gelingen kann. Schließlich muss es besser gelingen, die einzelnen Phasen der Bildungsbiografie miteinander zu verzahnen. Die Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen ist Verpflichtung der Politik, die wissenschaftliche Grundlegung und Begleitung Auftrag von Wissenschaft und Forschung, die Umsetzung im Unterricht und Schulalltag vor allem Sache der Lehrerinnen und Lehrer, die dazu der Unterstützung durch die Eltern und des schulischen Umfeldes bedürfen.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Beobachtung von Bildungssystemen und Bildungsprozessen ein unentbehrliches Instrument der Qualitätsentwicklung im Bildungswesen ist. Dieses Systemmonitoring wird durch die Teilnahme der Länder an nationalen und internationalen Leistungsuntersuchungen gewährleistet. Regelmäßige nationale und landesbezogene Bildungsberichte unterstützen diesen Prozess. Sie sind nicht als ein Instrument für ein Ranking von Schulen angelegt.

Darüber hinaus erhalten Schulen und Lehrkräfte durch flächendeckende Vergleichsarbeiten, die an den länderübergreifenden Bildungsstandards orientiert sind, wichtige Rückmeldungen über den Erfolg ihrer Arbeit und notwendige Verbesserungsmaßnahmen. Diese Vergleichsarbeiten stellen eine klare Beziehung zwischen Bildungsstandards sowie deren Überprüfung und Aspekte des Förderns und Forderns sowie der Unterrichts- und Schulentwicklung her.

II Neue Lehr- und Lernkultur

Unser gemeinsames Ziel ist es, den Anteil an erfolgreichen und höherwertigen Schul- und Ausbildungsabschlüssen – ohne Qualitätsverlust – zu steigern und den Anteil der im Bildungssystem Scheiternden deutlich zu senken. Die Grundlagen hierfür werden in der Elementar- und Primarstufe gelegt; in den weiterführenden Schularten muss diese Arbeit konsequent fortgeführt werden. Den veränderten Anforderungen einer Wissens- und Informationsgesellschaft kann auf Dauer nur ein Bildungssystem entsprechen, das möglichst alle Begabungsreserven aktiviert, zu guten schulischen Leistungen führt und den Schülerinnen und Schülern die verschiedenen Bildungswege offenhält.

Im Zentrum dieser qualitativen Schulentwicklung steht die Verwirklichung einer neuen Lehr- und Lernkultur. Sie geht von den Interessen und Stärken der Lernenden aus, analysiert aber auch deren Schwächen und entwickelt vor allem geeignete Fördermaßnahmen zur Leistungssteigerung mit Blick auf den jeweiligen individuellen Lernprozess. Individuelle Lernfortschritte werden pädagogisch zur Lernmotivation genutzt. Grundlagen für lebenslanges Lernen werden gelegt. Durch die systematische Stärkung der einzelnen Schule wird die neue Lehr- und Lernkultur zusätzlich mit Leben erfüllt; so können auch Schülerorientierung und pädagogische Ausrichtung entscheidend gestärkt werden. Die zunehmend eigenverantwortlich agierende Schule orientiert sich an länderübergreifenden Bildungsstandards und gibt den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern bzw. in den beruflichen Schulen den Betrieben systematisch Rückmeldungen und Handlungsempfehlungen für die Leistungsverbesserung der Schülerinnen und Schüler.

Schon jetzt haben Schulen ein weitgefächertes Aufgabenspektrum. Sie sind nicht mehr nur Lehr- und Lernort von Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern, sondern werden als ein zunehmend wichtiger gemeinsamer Lebensraum wahrgenommen. Schulen öffnen sich unter Berücksichtigung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages in die Gemeinden hinein und erweitern ihre Lernräume mit klarer Zielstellung. Ganztagschulangebote erweitern die Lernzeiten und Fördermöglichkeiten. Schulleitungen und Lehrkräfte müssen und wollen sich diesen neuen

Aufgaben stellen und brauchen und erhalten dabei Unterstützung durch die Länder, die Schulträger, die Betriebe und Kammern, die beruflichen Interessenvertretungen der Lehrerinnen und Lehrer und nicht zuletzt durch die Eltern.

III Elemente eines sich ändernden Bildes vom Lehrerberuf

Lehrerinnen und Lehrer sind Experten für Unterricht und Erziehung.¹ Angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen und des heute weiter gefassten schulischen Auftrags verstehen sie sich zunehmend auch als Teil eines personalen Netzwerkes, das immer häufiger getragen wird durch Kommunikation und Kooperation von Lehrerinnen und Lehrern z. B. mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Psychologinnen und Psychologen sowie mit Eltern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Vor diesem Hintergrund ist die Einbeziehung neuer Elemente in das bestehende Berufsbild und eine Anpassung der Arbeitszusammenhänge und Arbeitsbedingungen unverzichtbar.

Ein zeitgemäßes Bild vom Lehrerberuf muss die neuen Aufgaben widerspiegeln, vor die Lehrerinnen und Lehrer sich gestellt sehen. Das veränderte Berufsbild ist gekennzeichnet durch

- das frühzeitige Erkennen individueller Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler, die Entwicklung individueller Förderpläne und die Unterstützung der Selbststeuerung von Lernbiografien,
- den professionellen Umgang mit der zunehmenden Heterogenität der Lerngruppen, die eine neue Form der Unterstützung beim Kompetenzerwerb und eine veränderte Form der Überprüfung erfordern,
- den konstruktiven Umgang mit den Ergebnissen interner und externer Evaluation, die Hinweise auf Fördernotwendigkeiten und -möglichkeiten geben,
- den Aufbau und die Pflege von Strukturen, die den Austausch mit vorangehenden, parallel laufenden und nachfolgenden Bildungseinrichtungen sowie die kontinuierliche Einbeziehung der Eltern, der Ausbildungsbetriebe und der Schulgemeinde in den Bildungs- und Erziehungsprozess der Schule erleichtern,
- die Arbeit innerhalb eines Netzwerkes in der Schule und ihres Umfeldes, um unterschiedliches Expertenwissen für Unterricht und Erziehung zusammenzuführen,
- die Orientierung der Arbeit an länderübergreifenden Bildungsstandards und ihrer Überprüfung,
- die Ableitung qualitätsfördernder und Bildungschancen sichernder Maßnahmen für Unterricht und Erziehung aus diesen Evaluationen,
- ein verändertes Zeitmanagement, die kollegiale Kooperation und die Teilhabe an der schulischen Gesamtentwicklung,

- die Bereitschaft, sich den Anforderungen eines lebenslangen Lernprozesses zu stellen. Eine besondere Herausforderung ist es dabei, die notwendige Weiterentwicklung des professionellen Selbstverständnisses auch unter den Bedingungen von Teilzeitbeschäftigung zu sichern.

IV Ein modernes Bildungssystem schafft Rahmenbedingungen für erfolgreiches Fördern und Fordern

Das Bildungssystem muss einen wirkungsvollen und dauerhaften Beitrag zur Gestaltung gleichwertiger Bildungs- und Lebenschancen leisten können. Damit dies besser gelingt, sollen Schulen als anregende Lernumgebungen so aus- und umgebaut werden, dass Benachteiligungen entgegengewirkt wird und Begabungen besser gefördert werden. Dazu müssen die Schulen zusätzliche Spielräume und für sie eigenverantwortlich verfügbare Ressourcen erhalten, um z. B. die Größe und Zusammensetzung von Lerngruppen den jeweiligen pädagogischen Erfordernissen anzupassen und den Personaleinsatz flexibel gestalten zu können. Angebote ganztags schulischen Lernens müssen ausgebaut und die Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickelt werden. Angebote in den Bereichen Musik, Kunst und Sport sind geeignet, den ganzheitlichen Bildungsauftrag der Schule ebenso zu unterstützen wie soziale oder ökologische Aspekte im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Für eine entsprechende Weiterentwicklung des Bildungssystems werden sich die Kultusministerinnen und Kultusminister einsetzen.

Solche Veränderungen können nur gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern und den sie unterstützenden Partnern gelingen. In allen Ländern bedarf es deshalb eines am gegenwärtigen Reformprozess orientierten systematischen Angebots an Lehrerfort- und -weiterbildung sowie der Entwicklung eines unterstützenden professionellen Schulmanagements. Hierfür werden sich Kultusministerinnen und Kultusminister stark machen.

Die von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Standards in den Bildungswissenschaften geben vielfältige Hinweise, welche Kompetenzen die angehenden und die bereits in der Schule arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer zur erfolgreichen Gestaltung ihres sich verändernden Berufsalltages erwerben müssen. Die Zusammenführung wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischen Handlungswissens in allen Phasen der Lehrerbildung muss um einer kontinuierlichen Optimierung des Handelns in Unterricht und Erziehung willen immer wieder neu eingefordert werden.

Schule gelingt besser, wenn sie auf verlässliche Unterstützungssysteme zurückgreifen kann. Die konsequente Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“ an jeder Schule setzt entsprechende personelle, sächliche und wissenschaftliche Bedingungen voraus. Die Kul-

tusministerinnen und Kultusminister werden deshalb auf eine Verbesserung der notwendigen Rahmenbedingungen und insbesondere auf eine angemessene Lehrerversorgung drängen. Veränderte Anforderungen verlangen von allen Lehrerinnen und Lehrern, sich aktiv in ihrer Professionalität weiterzuentwickeln. Dazu sind Fortbildungs- und Unterstützungsangebote notwendig.

Schon heute sind die Schulen und ihr Personal insgesamt hoch belastet. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten unter Voraussetzungen, die es für sie manchmal sehr schwer machen, ihre Aufgabe zu erfüllen. Wo zusätzliche Anforderungen nicht mehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu leisten sind, müssen sie durch Entlastungen an anderer Stelle oder durch ergänzende Mittel und Unterstützung begleitet werden. Besonders belastete Schulen sollten dabei vorrangig berücksichtigt werden, um den Lehrkräften die Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe zu ermöglichen.

V Ausblick Bildung – ein hohes gesellschaftliches Gut

Die Ergebnisse der internationalen und nationalen Vergleichsstudien mahnen zusätzliche Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Bildungsqualität und der Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler an. Die politisch und im Schulalltag Verantwortlichen in Deutschland haben sich dazu bekannt, der Entwicklung von Bildungsqualität und Bildungschancen Priorität einzuräumen. Ziel muss es vor allem sein, den Zusammenhang von sozialer und ethnischer Herkunft und Schulerfolg weitgehend zu entkoppeln.

Dass die Steigerung höherwertiger Abschlüsse nicht nur den individuellen Wohlstand, sondern den einer ganzen Gesellschaft sichert, ist in internationalen Untersuchungen vielfach belegt. Dieser Zusammenhang wird den Bildungswettbewerb der Industrienationen untereinander noch einmal verschärfen. In Kenntnis der bundesweiten Diskussion und der Situation in vergleichbaren Staaten ist es den Unterzeichnern deshalb besonders wichtig, die genannten gemeinsamen Zielvorstellungen erneut in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben.

Die neue Unterrichts- und Schulstruktur muss zügig und nachhaltig realisiert werden. Wenn durch zurückgehende Schülerzahlen Mittel frei werden, müssen diese gezielt auch für eine Offensive für Qualität und für die Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg eingesetzt werden. Die Anerkennung von Bildung als hohes gesellschaftliches Gut erfordert ausreichende Investitionen in allen Bereichen des Bildungssystems. Deutschland muss hier wieder eine führende Position im internationalen Vergleich einnehmen und seine Anstrengungen zur Finanzierung der gewachsenen Bildungsanforderungen trotz schwieriger Kassenlage in den Ländern fortsetzen.

Die Unterzeichner werden nach Ablauf von zwei Jahren eine gemeinsame Einschätzung zur Umsetzung der hier getroffenen Vereinbarungen vornehmen.

Die Unterzeichner der Gemeinsamen Erklärung am 19. Oktober 2006 in Berlin
Ständige Kommission der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Die Präsidentin Ministerin Ute Erdsiek-Rave

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Die Vorsitzende Marianne Demmer

Deutscher Philologenverband
Der Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger

Verband Bildung und Erziehung
Der Vorsitzende Dr. Ludwig Eckinger

Verband Deutscher Realschullehrer VDR
Der Vorsitzende Albert Obert

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V.
Der Vorsitzende Dr. Wolfgang Kehl

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e. V.
Der Vorsitzende Berthold Gehlert

¹ Die gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Kultusministerkonferenz und der Vorsitzenden der Bildungs- und Lehrergewerkschaften sowie ihrer Spitzenorganisationen Deutscher Gewerkschaftsbund DGB und dbb beamtenbund und Tarifunion „Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrern heute – Fachleute für Lernen“ (Bremer Erklärung, 2000) ist hier eine wichtige Grundlage.

Die dümmste Meldung

„Um Geld zu sparen, sollen die Lehrer in Freiburg (Baden-Württemberg) vom neuen Jahr an ihre Parkplätze an den Schulen selbst von Schnee und Eis befreien. Bislang waren die Parkplätze von den Schulhausmeistern geräumt und gestreut worden. Dies sei jedoch zu teuer, hieß es.“
(aus einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 30.12.2006 unter dem Titel „Lehrer sollen Schnee schippen“)

Man fasst es nicht, auf welche Ideen politisch Verantwortliche kommen. Vielleicht wären die Kollegen und Kolleginnen einverstanden, wenn auch die Bediensteten der Rathäuser, der Landesregierung und der Ministerien – der Kultusminister eingeschlossen – dasselbe tun. Das wäre echte Solidarität. Aber so: ein Lehrstück für dümmliche und populistische Aussagen ...

Über den Zaun geschaut

Chinas Bildungssystem – Eine Weltmacht auf dem Weg zur Elitebildung

Als das bevölkerungsreichste Land der Welt bemüht sich China, mit derzeit mehr als 227 Millionen Schülern und Studenten (China, Fakten und Zahlen 2004), um das umfangreichste Bildungswesen der Welt. Mit der Bildungsförderung seiner Massen und der gleichzeitigen selektiven Eliteförderung wird China in Zukunft den Westen herausfordern. Wie ein Faden zieht sich das chinesische Bildungsstreben durch das soziale, kulturelle und politische Geflecht Chinas im 21. Jahrhundert. Der Erwerb von Wissen ist für viele Chinesen zum Hoffnungsträger geworden, seit der voranschreitende Kapitalismus zu einem grundlegenden Gesellschaftswandel geführt hat. Denn im Zuge des Umbruchs von der Plan- zur Marktwirtschaft lösen sich unaufhaltsam die alten Staats- und Sozialstrukturen auf, die den Bürger bislang rundum versorgten. In der Einkindfamilie, die durch die staatliche Geburtenkontrolle erzwungen wird, gilt daher die Investition in die Bildung des einzigen Kindes als wichtigste Zukunftsvorsorge für die Eltern.

Geschichte und Entwicklung des Bildungswesens in China

Bildung hat in China eine lange Tradition. Schulbildung in Form von kaiserlichen Lehranstalten für Beamte gab es bereits vor rund 4.000 Jahren. Der von den Chinesen verehrte Konfuzius (551–479 v. Chr.) gründete vor über 2000 Jahren die ersten Privatschulen und lehrte im freien Stil, ähnlich wie es auch Platon in der westlichen Welt rund 100 Jahre später tat. Dadurch brach er das Monopol der kaiserlichen Lehranstalten und ermöglichte es auch einfachen Bürgern, eine Ausbildung zu erhalten. Nach seinem Tod entstand aus den von ihm gegründeten Privatschulen allmählich ein eigenes Bildungssystem, das neben den offiziellen Lehranstalten existierte. Der von ihm begründete Konfuzianismus und die von ihm verfassten Klassiker bildeten bis in die Neuzeit den Schwerpunkt der chinesischen Schulerziehung. Von besonderer Bedeutung für die Struktur des gegenwärtigen Bildungswesens sind die kaiserlichen Examen, die seit der Sui-Dynastie (581–618 n. Chr.) landesweit gleichzeitig durchgeführt wurden. Durch die kaiserlichen Examen wurden Beamte erstmals nach ihrer Begabung statt ihrem Stand ausgewählt und gefördert; dies ermöglichte selbst Bürgern niederer Herkunft, Posi-

tionen hoher Macht zu erreichen und führte zu einer deutlichen Zunahme an Gelehrten. Infolgedessen entwickelte sich eine besondere Gesellschaftsschicht, die als „jinschi“ bezeichnete Gelehrtenschicht, die bis in die Gegenwart in den Köpfen der Menschen erhalten geblieben ist. Das für die Examen erforderliche Studium der konfuzianischen Klassiker verlieh dieser Oberschicht eine einheitliche kulturelle Ausrichtung. In ihrem Schrifttum bedienten sich die Gelehrten sogar einer eigenen, von der Umgangssprache abgehobenen Sprache, der Schriftsprache. Diese blieb, ähnlich wie beim Lateinischen in Europa, demjenigen, der sie nicht studiert hatte, unverständlich. Das gesamte Schrifttum der Literatenbeamten wurde in dieser Sprache verfasst. Die Kluft zwischen dieser Elite und der Volkskultur wurde erst im 20. Jahrhundert überwunden, indem 1919 die Schriftsprache durch die allgemein verständliche Umgangssprache, Mandarin, ersetzt wurde. Aufgrund der Verbreitung von westlicher Wissenschaft und Technik wurde das kaiserliche Prüfungssystem nach dem Opiumkrieg 1905 durch die Qing-Regierung abgeschafft. Erst nach der Bildung der Volksrepublik und nach dem Tod Maos und seines Ideals der Massenbildung sollte das Prüfungssystem wieder an Bedeutung erlangen. Zu dieser Zeit wurde das chinesische Schulsystem stark von japanischen und westlichen Schulmodellen beeinflusst. Intensiviert wurde diese Entwicklung infolge des Sturzes der Qing-Monarchie, mit dem die mehr als 2.000-jährige Feudalzeit beendet wurde. Die neu gegründete Republik stand unter dem Banner von Demokratie und Wissenschaft. Westliche Unterrichtstheorien lösten den konfuzianischen Kanon ab. Insgesamt zeigte die Bildung die Tendenz, sich auf die einfachen Bürger und die praktische Anwendung von Bildung auszurichten.

Mit der Gründung der Volksrepublik 1949 unter Führung der Kommunistischen Partei und deren Vorsitzenden Mao Zedong begann eine neue Ära der Entwicklung des chinesischen Bildungswesens. Als Vorbild diente nun die Sowjetunion mit ihrem zentralistischen Elitemodell. Doch der Bruch war unvermeidlich: Während das sowjetische Modell begabte Schüler ausgelesen und gefördert hatte, gründete Maos Bildungsgedanke auf dem Grundsatz „Massenfortschritt oder gar keiner“. Dementsprechend wandte sich Mao von dem sowjetischen Vorbild ab. Sein neu reformiertes chinesisches Modell gründete auf einer breit angelegten Massenbildung und beinhaltete vor allem die Stärkung der ideologischen Erziehung. Den Höhepunkt erreichte Maos Massenbildung in der Periode der sogenannten „Kulturrevolution“ (1966–1976), diese war eine antikapitalistische, antielitäre Bewegung, die dem Bildungssystem schweren Schaden zufügte. Während dieser Periode war die normale Entwicklung des Bildungswesens unterbrochen, die Unterrichtsordnung kam zum Erliegen, die Lehrbücher waren voll von politischen Losungen und die Hochschulen und Universitäten hörten auf, Studenten aufzuneh-

men. Intellektuelle galten als Kapitalisten und hatten einen dementsprechend niedrigen gesellschaftlichen Status. Kritik am Kapitalismus wurde zur zentralen Aufgabe der Bildung. Die falsche Devise „Lernen nutzt nichts“ verzögerte die Ausbildung einer ganzen Generation.

Nach dem Tod Maos erfolgte der Bruch mit dem Ideal der Massenbildung und damit die Wegbereitung für das gegenwärtige leistungsfähige Bildungssystem. Nun wurde dem Bildungswesen sein alter Stellenwert zurückverliehen, allerdings unter der Betonung von formalisierter Schulbildung und Fachwissen. Unter Präsident Xiaopings Führung folgte nach 1976 eine Neuorientierung, die den Wirtschaftsaufbau in den Mittelpunkt stellte. Infolge des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft reformierte man das gesamte Bildungswesen und passte es der bestehenden Wirtschaftsstruktur an. Im Zuge dessen wurden die nationalen Examen und Eliteschulen wieder eingeführt. Gegenwärtig steht China unter dem neuen Vorsatz: „Mit Wissenschaft und Bildung den Staat zum Aufblühen bringen“.

Das chinesische Bildungssystem

China durchlebt seit den 1980er-Jahren einen kontinuierlichen Reformprozess, der sich über alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckt. Das Herz dieser Entwicklung bilden der Wirtschafts- und Bildungssektor, die sich mit der zunehmenden Ökonomisierung immer stärker gegenseitig bedingen. Vor der ökonomischen und administrativen Reform war Chinas Bildungssystem eines der zentralisiersten Systeme der Welt. Nach der Wirtschaftsreform allerdings hat sich die Tendenz in Richtung eines eher dezentralisierten Bildungssystems verschoben; die Verwaltungsbefugnis liegt nun zum größten Teil bei den Lokalregierungen. Eines der wichtigsten Reformziele der chinesischen Zentralregierung ist die Senkung der Analfabetenquote, welche momentan bei 15,9 Prozent liegt (China Statistical Yearbook 2002). Als Analphabet gilt in China, wer weniger als 1.000 Schriftzeichen kennt. Ein durchschnittlich gebildeter Chinese beherrscht an die 3.000 Schriftzeichen, Studierende kennen oft um die 8.000 Zeichen. Neben der Abschaffung des Analfabetentums war die Neugliederung des Bildungswesens in Vorschul-, Grundschul-, Mittelschul- und Hochschulbildung, sowie die Einführung der neunjährigen Schulpflicht das wichtigste bildungspolitische Ziel. Eine Besonderheit des chinesischen Bildungssystems ist die Unterscheidung von regulären Schulen und sogenannten „Schwerpunktschulen“. Schwerpunktschulen werden von der Regierung durch eine national vergleichende Studie aufgrund ihres hohen Qualifikationsstandards ausgesucht. Diese so ausgewählten Schulen werden von der Regierung gefördert und genießen eine hohe Reputation mit der Folge, dass alle Grund- und Mittelschulen in einem starken Wettbewerb zueinander stehen. Es gibt keine Voraussetzungen für den Besuch einer Schwer-

punktschule, allerdings muss man in ihrem Einzugsgebiet leben oder eine Schulgebühr zahlen.

Die Vorschul- und Grundschulerziehung

Der Bildungsweg eines chinesischen Schülers beginnt in der Regel mit der Grundschulerziehung. Nur 30 Prozent eines Altersjahrganges besuchen vor der Grundschule eine Vorschule bzw. einen Kindergarten, diese geringe Quote resultiert aus den enormen Kosten der Vorschulerziehung. Die Vorschulerziehung kombiniert Kinderbetreuung mit Vorbereitungsunterricht für die Grundschule. In diesem wird das gleiche Level an mathematischem und literarischem Grundwissen erlernt, über das ein Kind in der ersten Klasse der Grundschule verfügen sollte. Aufgrund der Einkind-Politik investieren zunehmend mehr Eltern besonders viel in ihr Kind, sodass die Zahl der Vorschulbetreuungen und die Zahl von privaten Kindergärten jährlich steigt.

Ab dem 6. Lebensjahr ist der Besuch der Grundschule möglich. Die neunjährige Schulpflicht besteht von der Grundschule bis zur unteren Stufe der Mittelschule, diese sogenannte Grundbildung ist schulgeldfrei. Die Grundschulerziehung dauert in der Regel sechs Jahre, die Unterrichtsfächer werden teilweise von der Regierung festgelegt, teilweise von der Provinz selbst gewählt. Die national vergleichenden Examen werden aber ausschließlich in den von der Regierung festgelegten Fächern geschrieben.

Die Erziehung in der unteren Stufe der Mittelschule ist meistens für drei Jahre vorgesehen, schon bei Eintritt in die Mittelschule muss sich der Schüler zwischen dem allgemeinen oder dem berufsbildenden Weg entscheiden. Der durchschnittliche Schultag eines chinesischen Schülers, wie er im Jahr 2000 in einer Umfrage in Shanghai ermittelt wurde, umfasst in etwa zwölf Stunden, gewöhnlich von 7 Uhr bis 19 Uhr, sowie zusätzliche vier Stunden Aufbereitungszeit. So ein Zeitplan ist keine Seltenheit, die meisten Schüler besuchen 40 Unterrichtsstunden pro Woche. Diese überhöhte Bedeutung der Schule wird auch in anderen Bereichen deutlich. Statistiken zeigen, dass sich ein Großteil der chinesischen Bücherläden nur noch auf Unterrichtsmaterialien spezialisiert, da sich andere Literatur nur dürftig verkauft. So machen nach einer Umfrage Unterrichtsmaterialien inzwischen 75 bis 80 Prozent der Auslage von chinesischen Bücherläden aus. Das Bildungsministerium hat inzwischen auf die Mängel reagiert und eine Reihe von Regelungen erlassen, die die Arbeitslast der Schüler verringern und die Qualität des Unterrichts erhöhen sollen. Dennoch sind die Reaktionen der chinesischen Bevölkerung auf solche Reformen nicht gerade positiv, so schreibt ein Lehrer aus Shanghai in der Beijing Rundschau: „Die Reduzierung der Belastung würde den Schülern lebenslange Nachteile bringen. Die Konkurrenz

um einen guten Schulplatz wird von den Grundschulen bzw. Mittelschulen der Oberstufe auf die Hochschulen und schließlich auf die Beschäftigung verlagert (...); angesichts dieser Situation würden diejenigen, die die Belastung richtig reduzieren, also schon vom Start an den Wettbewerb verlieren. Solange Jobchancen nicht für alle gesichert sind, sind Prüfungen ein Muss“ (Beijing Rundschau, No. 22, 2000).

Die höhere Bildung in der Oberschule

An die Unterstufe der Mittelschule schließt die dreijährige schulgeldpflichtige Oberschulbildung an. Diese gliedert sich in die Oberstufe der Mittelschule, die Real- und Berufsfachschule. Um in die Oberschule eintreten zu können, muss man eine national einheitliche Aufnahmeprüfung bestehen. Diese gilt als eine der schwersten Prüfungen in China, da nur rund 40 Prozent der Anwärter die Prüfung bestehen. Falls man bei der Oberschulnahmeprüfung durchfällt, hat man bei der Bewerbung um eine qualifizierte berufliche Stelle Probleme, auch deshalb wird die Oberschulnahmeprüfung in China als „Prüfung des Schicksals“ bezeichnet. Das Problem liegt in der Verteilung der Oberschulanwärter, ein großer Teil der Mittelschüler entscheidet sich für den akademischen Weg, da die berufliche Ausbildung keinen so großen Stellenwert besitzt. Für die durchgefallenen Anwärter des akademischen Weges ist es somit schwer, auf die berufliche Ausbildung umzuschwenken und eine Berufsstelle zu finden, da ihnen die berufliche Vorbereitung der Mittelschule fehlt. Bei bestandener Prüfung werden die Schüler, je nach erreichter Punktzahl, in die verschiedenen Oberschularten aufgenommen. Die Realschule sowie die Berufsfachschule bereiten die Schüler auf den Beruf vor, ihr Ziel ist es, praktische Fachkräfte mit umfassender Berufsfähigkeit und Qualifikation auszubilden. Der Unterricht in der regulären Oberschule dient als Vorbereitung für die Universität beziehungsweise die Fachhochschule. Von den Oberschulabsolventen bestehen nur rund 17 Prozent die Hochschulnahmeprüfung; jeder hat eine Chance, aber nur zwei von zehn eines Jahrgangs bekommen am Ende einen Studienplatz.

Fazit

Bildung für alle – dieses Ideal hatte sich die chinesische Regierung vor rund dreißig Jahren auf die Fahne geschrieben. Doch das Land hat sich in den letzten Jahrzehnten wirtschaftlich stark verändert. Chinas Bildungswesen ist einen langen Weg gegangen, immer wieder wurde China von den verschiedensten Kulturen bildungspolitisch beeinflusst, erst Mao brachte Einheitlichkeit. Doch Maos gescheitertes Ideal der Massenbildung ist mit ihm gestorben, gegenwärtig besinnt sich China seiner althergebrachten Bildungstradition und verknüpft diese gekonnt mit seiner Wirtschaftspolitik. Zwar herrscht in China immer noch eine enorme Kluft zwischen Land- und Stadtbildung, denn

die Schulbildung in den westlichen von Agrarwirtschaft geprägten Provinzen ist weit rückständiger als die des industrialisierten Ostens, doch Bildungsstrategien wie das gut ausgebauten Netz der Fernbildung ermöglichen zunehmend mehr Chancengleichheit. Dennoch ist die akademische Laufbahn ein Privileg weniger, das ist vielleicht nicht gerecht, aber reformpolitisch konsequent. China plant im neuen Jahrhundert das schulische Bildungssystem weiter auszubauen, im ganzen Land soll ein Netzwerk der lebenslangen Bildung entstehen. Das Ziel besteht darin, den Lernenden aller Altersstufen und verschiedener Berufe offene, mannigfaltige und soziale Bildungschancen anzubieten.

*Christin Rettmer, Bakkalaurea
(B. A. – bachelor of arts) Pädagogik,
Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Karlsruhe (TH)
(Quelle: VBE-Magazin 11/2006)*

dbb

Mehr Geld für kinderreiche Beamte

dbb Hessen fordert vom Land Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils

Der Vorsitzende des dbb Hessen, Walter Spieß, hat die hessische Landesregierung aufgefordert, endlich einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) vom November 1998 umzusetzen. Nach diesem Beschluss sind die öffentlichen Arbeitgeber gehalten, Beamten mit mehr als zwei Kindern höhere Bezüge zu leisten. „Bisher haben sich die öffentlichen Arbeitgeber, darunter auch Hessen, an diesen Beschluss nicht gehalten“, so Spieß.

Erfüllen die Dienstherren diese Verpflichtung nicht, sind die Verwaltungsgerichte befugt, familienbezogene Bezügebestandteile in Höhe von 115 % des durchschnittlichen sozialhilfeberechtigten Gesamtbedarfes eines Kindes zuzusprechen.

Spieß verwies darauf, dass das Verwaltungsgericht Arnsberg (Nordrhein-Westfalen) in jüngster Zeit in 25 Fällen öffentliche Arbeitgeber gezwungen habe, das BVG-Urteil umzusetzen. Weitere Verfahren seien dort anhängig. Auch in Hessen sind die Verwaltungsgerichte mit einer großen Anzahl anhängiger Klagen kinderreicher Beamten befasst.

„Hier muss der Gesetzgeber endlich handeln und die verfassungswidrige Rechtslage beenden“, so der Landesvorsitzende. „Es kann nicht sein, dass jeder einzelne Beamte vor das Verwaltungsgericht getrieben wird, um sein vom Bundesverfassungsgericht anerkanntes Recht noch extra einzuklagen“.

(Pressemitteilung dbb Hessen Nr. 2/07)

Erfolgreich präventiv handeln!*

Vortrag – 2. Teil: Grundlagen schulischer Prävention von Verhaltensstörungen

(Fortsetzung des Artikels aus „Lehrer und Schule“ Ausgabe 6/2006)

Entwicklungspsychologische Grundlagen der Prävention von Verhaltensstörungen

Da sich Kinder in der Entwicklung befinden, müssen Entwicklungsprozesse und deren Einflussfaktoren als Basis für die Prävention berücksichtigt werden. Präventionsmaßnahmen wirken intentional auf die kindliche Entwicklung ein, daher ist die Orientierung an Entwicklungsmodellen und den ermittelten Risiko- und Schutzfaktoren sachlich gefordert (Scheithauer, Mehren & Petermann 2003, 84). Ein reflektiertes Verständnis der Entwicklung von der Kindheit bis ins Erwachsenenalter bildet die unverzichtbare Grundlage fundierter Präventionen.

Transaktionales Entwicklungsmodell

Die neuere Forschung favorisiert dabei ein theoretisches Modell, das die dynamischen Prozesse der kindlichen Entwicklung und insbesondere die vom Kind selbst mitgestalteten Interaktionen mit personellen und materiellen Bedingungen der Umgebung betont. Ein sol-

ches Verständnis beschreibt besser als frühere, eher eindimensionale Vorstellungen die komplexen Entwicklungsprozesse. Physische, psychische und soziale Faktoren spielen dabei eine interaktive Rolle, entscheidend bleibt nach Sameroff und Fiese (2000) jedoch die Handlungsdimension des Kindes selbst: Bei zunehmender Bedeutung selbst gesteuerter Entwicklungsprozesse relativiert sich der Einfluss sozial und biologisch gesteuerter Prozesse. In diesem transaktionalen Entwicklungsverständnis lassen sich Entwicklungsfortschritte somit als Ergebnis komplexer Regulationsprozesse verstehen, die selbst wieder Anstoß für neue Entwicklungen bilden. Auf der Basis des transaktionalen Entwicklungsmodells geben insbesondere die Ergebnisse der Resilienzforschung (Opp et al. 1999) Hinweise auf wichtige Bereiche der Prävention.

Das transaktionale Entwicklungsmodell fundiert hervorragend die Konzeptionierung präventiver Interventionen, trägt aber auch zu einem besseren Verständnis von gestörten Entwicklungsprozessen bei. Am Beispiel einer persistent dissozialen Entwicklung (BEELMANN 2000) lässt sich diese Aussage verdeutlichen. Die typische Entwicklung eines Kindes sieht nicht selten so oder ähnlich aus:

In der Realität zeigen sich oft die im Fallbeispiel geschilderten kumulativen Risikoentwicklungen.

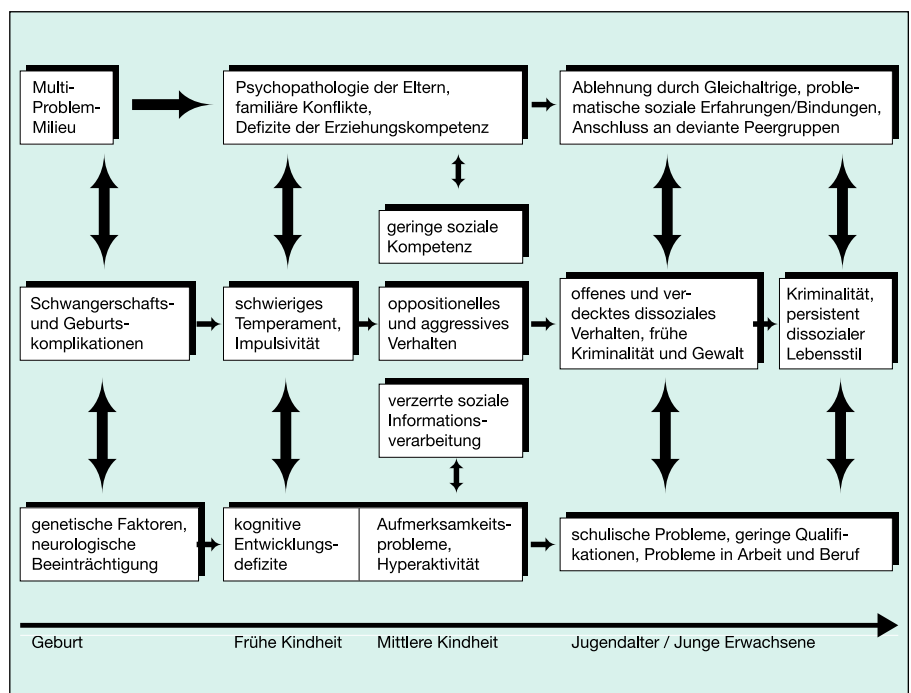
Fallbeispiel

Kevin wird in eine Familie mit großen Konflikten und psychosozialen Schwierigkeiten geboren, die in beengten Wohnverhältnissen lebt. Durch die Arbeitslosigkeit des Vaters droht weitere Verarmung. Kevin wird verfrüht geboren und zeigt anschließend Anpassungsprobleme mit fehlendem Tag-Nacht-Rhythmus: Er ist ein sogenanntes Schreibaby. In der frühen Kindheit fällt Kevin durch ein schwieriges Temperament mit unberechenbaren Gefühlsausbrüchen, häufigen negativen Emotionen und einem ausgeprägten Trotzverhalten gegen die Eltern auf. Im Kindergarten zeigt er große Unruhe mit sehr kurzen Spielphasen. Es gelingen ihm nur wenige positive Sozialkontakte und es kommt immer wieder zu aggressiven Verhaltensweisen in sozialen Situationen.

In der Schule verstärkt sich dann diese Tendenz und er gewinnt nur wenige Freunde. Aufgrund seiner motorischen Unruhe und der kurzen Aufmerksamkeitsspanne gilt er



Prof. Dr. Clemens Hillenbrand im Kreise von Schülern der Antonius-GS in Georgsmarienhütte-Holzhausen mit dem Preis der Körber-Stiftung für das „KlassenKinderSpiel“.



Kumulatives Entwicklungsmodell persistenter dissozialer Entwicklungen (Beelmann 2000, modifiziert nach Lösel & Bender 1997)

nach einem halben Jahr als hyperaktiv und erreicht nur wenig Lernerfolg. Häufig fühlt er sich unberechtigterweise angegriffen und reagiert dann mit aggressivem Verhalten gegenüber den Mitschülern. Die häusliche Situation ist, mitbedingt durch die schulischen Probleme Kevins, belastet und die Atmosphäre in der Familie sehr angespannt, auch zwischen den Eltern. Durch diese Gesamtsituation gerät Kevin in eine isolierte Position in der Klasse und in der Schule, er hat kaum positive Sozialkontakte und kann nur selten positive Lernerfahrungen sammeln. Durch die Kolleginnen der Grundschule ist er nur schwer zu steuern, bei männlichen Kollegen lässt er sich etwas leichter führen.

Im Laufe der Grundschulzeit nehmen diese Probleme zu. Mit anderen Außenseitern in der Schule findet sich Kevin zu einer Clique zusammen, die sich gegenseitig in ihren auffälligen Verhaltensweisen verstärkt. Die Schule versucht verschiedene pädagogische Maßnahmen zu initiieren (Besuch einer Kindertagesstätte, Förderstunden) und die Eltern nehmen nach einer intensiven Beratung durch den Schulleiter auch psychologische, sozialpädagogische und ambulante förderpädagogische Maßnahmen in Anspruch. Häufig werden die verschiedenen Maßnahmen jedoch wieder abgebrochen (Personalwechsel, mangelnde Kontinuität der Teilnahme von Kevin), sodass die Interventionen letztlich ohne längerfristige Wirkung bleiben.

Nach dem Wechsel in die Hauptschule eskaliert die Situation und es ereignen sich mehrere schwer aggressive Vorfälle in der Schule (Verletzung eines Mitschülers, „abziehen“). Die sich abzeichnende Entwicklung hin zur Delinquenz führt die inzwischen getrennt lebenden Eltern zu der Entscheidung, seine Aufnahme in die stationäre Heimerziehung zu befürworten. Ab diesem Zeitpunkt besucht Kevin nach einem abgeschlossenen Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs außerdem die Schule für Lernhilfe, da in der regionalen Schule zur Erziehungshilfe kein Platz frei ist.

Das Fallbeispiel verdeutlicht das Zusammenwirken der Entwicklungsbereiche und der mehrfachen Risiken, wie es das transaktionale Entwicklungsmodell betont. Aus dem Entwicklungsmodell lassen sich aber auch wichtige psychosoziale Bereiche identifizieren, die aufgrund ihrer zentralen Funktion für die Prävention besonders prädestiniert sind. So bildet die sozial-kognitive Informationsverarbeitung eine der entscheidenden Kompetenzen, die bei externalisierenden Störungen oftmals beeinträchtigt ist (DODGE 1991). Es bietet sich daher an, gerade die sozial-kognitiven Informationsverarbeitungsprozesse durch Präventionsmaßnahmen zu fördern.

Resilienzforschung

Dieses Modell wird insbesondere durch die neuere Forschungsrichtung der Resilienzforschung gestützt. Wir finden durch diese Forschung Ansatzpunkte der Förderung. Hier hat die wissenschaftliche Disziplin der Verhaltensgestörtenpädagogik in den letzten Jahren eine Neuorientierung vollzogen, die optimistische Perspektiven ermöglicht.

Risikofaktoren kindlicher Entwicklung

In der Geschichte der wissenschaftlichen Erforschung psychischer Störungen bei Kindern ging man zunächst von den kindlichen Defiziten oder den belastenden Faktoren für die kindliche Entwicklung aus. So untersuchte das lange Zeit dominierende psychodynamische Modell vorzugsweise die in frühkindlicher Zeit erlittenen seelischen Frustrationen, die Medizin suchte nach biophysischen Risiken, die soziologische Forschung sprach von Dissozialität und die Lerntheorie von fehlgeleiteten, unerwünschten Lernprozessen (zum Überblick: Hillenbrand 2006). Die Forschung fokussierte das Risiko!

Einen Wendepunkt stellen insbesondere die Ergebnisse von jüngeren Längsschnittstudien dar, die die kindliche Entwicklung über eine längere Dauer beobachten. Prototyp dieser Längsschnittstudien ist die Kauai-Studie von Emmie Werner, die zunächst durchaus in der Tradition der Risikoforschung arbeitete (Werner 1997).

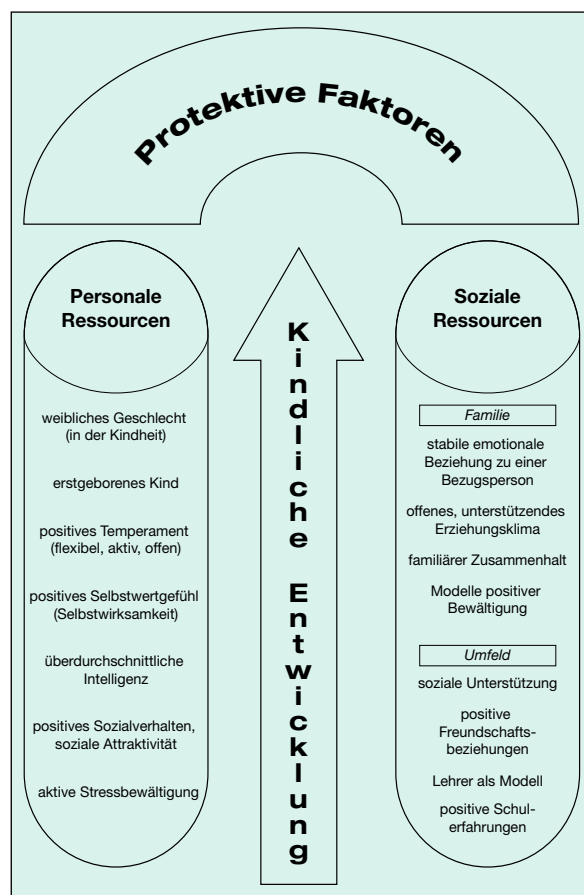
Sie untersuchte alle 698 Kinder auf der Insel Kauai (Hawaii), die 1955 geboren wurden, von der vorgeburtlichen Entwicklung bis zum Alter von 40 nach biologischen und psychosozialen Risikofaktoren. Insbesondere wurden die kritischen Lebensereignisse erfasst. 50 % der Population lebte in Armut, viele unterschiedliche Ethnien waren darunter vertreten, bei 30 % zeigten sich gehäufte Risiken. Dazu zählten insbesondere chronische Armut, Geburtskomplikationen, Eltern mit psychischen Problemen und zerstrittene Familien. In der Folge zeigten viele dieser Risikokinder schwere Lern- und Verhaltensprobleme in der Schulzeit, psychische Probleme im Jugendalter bis zur Straffälligkeit. Der sozioökonomische Status steht im Zusammenhang mit der intellektuellen Entwicklung und der Schullaufbahn: Niedriger Sozialstatus führt zu signifikant häufigerem Sonderschulbesuch. Durch die

Studien wird zugleich deutlich, dass allgemeine soziokulturelle Faktoren eine geringere Bedeutung gegenüber konkreten psychosozialen Risikofaktoren haben: „Psychosoziale Risikofaktoren beeinträchtigen die kindliche Entwicklung schwerer und dauerhafter als soziokulturelle Determinanten“ (Klein 2002, 14). Der Zeitpunkt des Auftretens eines Risikofaktors wird in seiner Bedeutung erkenntlich: Je früher das Risiko auftritt, desto negativer sind die Auswirkungen.

Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden in weiteren Längsschnittstudien repliziert – auch im deutschsprachigen Raum: die Mannheimer Studie (Esser, Schmidt & Laucht), die Bielefelder und Regensburger Längsschnittstudien (Spangler & Grossmann 1995).

Welche Risikofaktoren ließen sich identifizieren?

1. Zum Zeitpunkt der Geburt zeigen chronische Armut, niedriger Bildungsstand der Mutter, mittlere und schwere Geburtskomplikationen, genetische Anomalien und psychische Störungen der Eltern einen deutlichen Zusammenhang mit psychischen Störungen des Kindes (Werner 1997). In der Mannheimer Studie bestätigten sich insbesondere die Faktoren einer unerwünschten Schwangerschaft, Delinquenz des Vaters, Herkunft der Eltern aus zerrütteten Familien und niedriges Bildungsniveau der Eltern.



2. In der Kindheit und Jugend wirken eine längere Trennung von der primären Fürsorgeperson im 1. Lebensjahr, die Geburt eines jüngeren Geschwisters in den ersten beiden Lebensjahren, schwere und wiederholte Kinderkrankheiten, chronische elterliche Krankheiten, psychische Störungen der Eltern, Geschwister mit Behinderung, Lernbehinderung und Verhaltensstörung, chronische familiäre Zerrüttung, Abwesenheit des Vaters, Arbeitslosigkeit der Eltern, häufiger Wohnungs- und Schulwechsel, Scheidung der Eltern, Trennung oder Tod von einem älteren Geschwister oder engen Freund und die Einweisung in ein Erziehungsheim als bedeutsame Risikofaktoren.

Erst die Kumulation von Risiken erhöht das Risiko für eine psychische Störung, sodass ungefähr ab drei vorhandenen Risiken (Laucht et al. 1997) von einer Risikoentwicklung, von „children at risk“ gesprochen werden kann. Nicht selten aber erleben Kinder sechs und mehr Risikoerlebnisse. Gegenüber dem Chaos, das viele dieser Kinder in ihrer sonstigen Umwelt erleben, stellt dann die Schule noch eine relativ normale Welt dar, die eine gewisse Kontinuität gewährleistet. Darin liegt tatsächlich eine große Chance für die Schule!

Resilienz

Die entscheidende Wende in den Untersuchungen von Emmie Werner trat ein, als sie die längerfristigen Auswirkungen dieser Risikofaktoren untersuchte. Von den ca. 30 % der Kinder ihrer Gesamtpopulation, die unter Risikobedingungen aufwuchsen, wurden auch tatsächlich zwei Drittel auffällig: Sie zeigten im Verlauf ihrer Entwicklung psychische Störungen, Schulversagen, Lern- und Leistungsprobleme, Delinquenz, Sucht und Straffälligkeit. Was aber – so fragte sich Werner – ist mit dem einen Drittel der Risikokinder, die nicht auffällig wurden? „Trotz massiver psychischer Belastungen und widrigster Lebensumstände entwickelt sich eine nicht unerhebliche Zahl der so aufgewachsenen Kinder zu gesunden Erwachsenen“ (Laucht et al. 1997, 262). Diese Kinder werden als resiliente, widerstandsfähige Kinder bezeichnet. Sie sind zwar durchaus zeitweise in ihrer Entwicklung beeinträchtigt, können diese Phase aber überwinden. Resilienz meint also das Phänomen der Fähigkeit, nach einer erfolgten negativen Einwirkung in den ursprünglichen Zustand von seelischer Gesundheit zurückzukehren. In der Folge zeigten detaillierte Analysen die große Bedeutung einzelner Entwicklungsfaktoren. Sie besitzen eine schützende Wirkung und werden daher als protektive Faktoren bezeichnet.

Resilienz als Forschungsprogramm meint den „Wandel von einem Defizit- zu einem Kompetenzmodell des Individuums“ (Laucht et al. 1997, 261, H. i. O.). Damit verbunden ist die Hoffnung, diese Faktoren für die Prävention

Effekte	Entwicklungsbedingungen	
	Positive Bedingungen	Risikobelastung
Störung	Entwicklungsstörungen	Vulnerabilität
Psychische Gesundheit	Ideale Entwicklung	Resilienz

und Intervention nutzen zu können. Die wissenschaftliche Forschung richtet seitdem ihr Interesse auf die schützenden, protektiven Faktoren, darauf, „welche Faktoren psychische Gesundheit bei Kindern erhalten und fördern, die Entwicklungsrisiken ausgesetzt sind. Solches Wissen ließe sich direkt in Präventionsprogramme für Risikokinder umsetzen.“ (Julius & Prater 1996, 228).

Protektive Faktoren sind also solche Entwicklungsbedingungen, die eine schützende, mildernde, puffernde Wirkung gegenüber negativen Lebensereignissen zeigen. Insbesondere die in der Grafik abgebildeten Faktoren wurden als protektive Faktoren identifiziert.

Die Analyse und Diskussion der wissenschaftlichen Ergebnisse zeigten jedoch, dass man von einem klassischen Haupteffektmodell, bei dem also eine Ursache zu einer klaren Wirkung führt, Abschied nehmen muss. Es ist ein je individuelles und komplexes Gefüge, das erst zur protektiven Wirkung eines Faktors führt. Es gibt also, anders gesagt, nicht die absolut gültigen Schutzfaktoren, deren Förderung unabhängig vom Einzelfall zur Widerstandsfähigkeit führt.

Die Bedeutung der Resilienzforschung für die Pädagogik besteht in einer fundamental veränderten Perspektive: Die Anwendung der Erkenntnisse orientiert sich nicht mehr an der „Normalentwicklung“ unter günstigen Bedingungen, sondern zielt auf die Förderung der protektiven Faktoren unter ungünstigen Entwicklungsbedingungen, um die Widerstandsfähigkeit der Risikokinder gegenüber den negativen Einflüssen zu stärken.

Damit erfolgt eine Neuorientierung der Forschung und der Praxis. Zugleich leiten die Forschungsergebnisse auch eine Neuorientierung der Praxis schulischer und außerschulischer Erziehungshilfe ein. Die Präventionsprogramme nutzen ebenfalls die detaillierten Erkenntnisse neuerer Forschungsergebnisse zur Konstruktion und Durchführung spezifischer Fördermaßnahmen.

Erfolgreiche Präventionsprogramme

Auf der Basis der Erkenntnisse über Risiko- und Resilienzfaktoren lassen sich Schulentwicklungen initiieren, die der Prävention von

Verhaltensstörungen dienen. Sie zeigen große Übereinstimmung mit den Erkenntnissen zur guten Schule, die bereits hier beschrieben sind. Schule selbst kann einen Risikofaktor bilden – sie kann aber auch eine soziale Ressource mit protektiver Wirkung darstellen. Insbesondere, wenn die Lehrkräfte und Mitarbeiter in den Schulen ein gemeinsames Ethos vertreten, wenn sie sich um den einzelnen Schüler kümmern, wenn klare Regeln bestehen und Verstöße auch konsequent geahndet werden, wenn eine kommunikative Atmosphäre unter den Kollegen sowie zwischen Lehrkräften und Schülern besteht, dann wirkt ein solches Schulklima positiv auch auf risikobelastete Kinder und Jugendliche ein.

Auf der Basis der Resilienzforschung entwickeln Forscher auch Präventionsprogramme, die gezielte Interventionen zur Erhaltung psychischer Gesundheit und zur Vermeidung der Entstehung oder Verfestigung von Verhaltensstörungen anbieten. Die Programme sind nach der Art der Prävention zu unterscheiden.

Klassifikation der Präventionsprogramme

Im Gegensatz zur früheren Klassifikation in primäre, sekundäre und tertiäre Präventionsmaßnahmen lassen sich in heutiger Terminologie folgende Vorgehensweisen unterscheiden (Brezinka 2003):

- Universelle Prävention richtet sich an eine nicht ausgelesene Zielgruppe, also beispielsweise an alle Schüler einer Schule, Klasse oder Altersgruppe.
- Selektive Prävention zielt auf Gruppen mit erhöhter Risikobelastung, beispielsweise alle Kinder eines problembelasteten Stadtviertels.
- Indizierte Prävention behandelt Gruppen mit sehr hohem Risiko und sich bereits abzeichnenden Symptomen, also beispielsweise Schüler von Sonderschulen, für die eine Ausweitung der Problematik vermieden werden soll.

Auch die Unterscheidung nach dem Setting, in dem die präventive Maßnahme erfolgt, ist sinnvoll. Unimodale Präventionen beziehen nur ein Setting ein, beispielsweise nur den Kindergarten, während multimodale Programme mehrere Settings, etwa Schule und Elternhaus, berücksichtigen.

Prinzipien erfolgreicher Prävention

Auf der Basis verschiedener Metaanalysen lassen sich Qualitätskriterien wirksamer Prävention identifizieren (nach Petermann 2003). Diese Prinzipien können als Checkliste zur Durchführung von Präventionsmaßnahmen dienen. Folgende Vorgehensweisen versprechen größere Erfolge:

- Früher Beginn der Förderung: Präventionsarbeit sollte möglichst schon im Kindergarten, Vorschulalter oder Grundschulalter beginnen.
- Längere Dauer der Förderung: Erst ab drei Monaten Dauer sind Präventionsmaßnahmen sinnvoll.
- Direkte Förderung der Kinder: Nicht nur die Eltern oder Erzieher, sondern auch die Kinder selbst sind anzusprechen.
- Intensive Maßnahmen: Eine höhere Zahl von Hausbesuchen und individuelle Beratungsangebote führen zu besseren Erfolgen.
- Aktive Eltern: Eine kontinuierliche und engagierte Mitarbeit der Eltern ist sehr hilfreich.
- Multimodale Förderung: Die verschiedenen Ebenen der kindlichen Entwicklung, z. B. Verhalten, Motorik und Sprache anzusprechen, führt zu besseren Erfolgen.
- Nutzung sozialer Ressourcen: Die Unterstützungsmöglichkeiten durch das soziale Umfeld sollten ermittelt und genutzt werden.

Vorhandene Trainings

Inzwischen liegen einige deutschsprachige Präventionsprogramme vor, die gezielt zur Prävention von Gefühls- und Verhaltensstörungen entwickelt wurden. Sie sind als universellpräventive, multimodale Interventionen konzipiert. Die bisher vorliegenden Evaluationen weisen meist nur leichte bis mittlere Effekte nach. Die Tabelle (rechts) gibt einen Überblick über die vorliegenden wissenschaftlich fundierten Präventionsprogramme und ihre wichtigen Strukturmerkmale.

Die beiden letztgenannten Interventionsformen unterscheiden sich von den zuvor genannten Programmen. Das Good Behavior Game stellt ein einfaches Verfahren dar, das durch die gruppenweise Verstärkung von unterrichtlichen Verhaltensweisen (Gruppenkontingenzverfahren) sehr effektiv eine Reduzierung von Störungen und den langfristigen Schutz vor Aggressivität bis hin zum Drogenkonsum leistet. Das Olweus-Schulprogramm zielt auf die Veränderung der gesamten Schule und arbeitet dafür auf verschiedenen Ebenen, was sich nach den bisherigen Evaluationen sehr bewährt hat.

INTERVENTION	EBENE & ZIELGRUPPE	ZIELE & INHALTE
Faustlos (Cierpka et al. 2001)	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenebene • 1.–3. Klassen (51 Sitzungen) • 2–3 Sitzungen pro Woche (20–30 Min.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Empathie • Impulskontrolle • Umgang mit Emotionen wie Ärger und Wut • Problemlösefertigkeiten
Verhaltenstraining für Schulanfänger (Gerken et al. 2002)	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenebene • 1. oder 2. Klassen • 26 Sitzungen (à 45 Min.) • inzwischen auch erste Evaluationen in der induzierten Prävention 	<ul style="list-style-type: none"> • Motorische Ruhe/Entspannung • Steigerung der auditiven & visuellen Aufmerksamkeit • Selbst-/Fremdwahrnehmung • Aufbau von social skills • Angemessenes Problemlöseverhalten
Sozialtraining in der Schule (Petermann et al. 1999)	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenebene • 3.–6. Klassen • 9 Sitzungen (à 90 Min.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Differenzierte soziale Wahrnehmung • Angemessene Selbstbehauptung • Kooperatives Verhalten • Empathieschulung
Lebenskompetenztraining (Abhauer & Hanewinkel 2000)	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenebene • 1. & 2. Klassen • Erweiterungen für Klassen 3 & 4 • 20 Sitzungen (à 90 Min.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Selbstwertgefühls, des Körperbewusstseins • Förderung sozialer Fertigkeiten (Kommunikation, Stress-/Angstbewältigung, Problemlösen) • Umgang mit negativen Emotionen
Good Behavior Game (Barrish et al. 1969, Babyak et al. 2001)	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenebene • Kindergarten bis Sek. I • alle Schüler • unterrichtsimmanentes Spiel mit Wettbewerbscharakter • einmal täglich (auch seltener oder häufiger möglich) • Dauer der Intervention beliebig, ab 6 Monaten sinnvoll • Sehr gute Evaluationsergebnisse! 	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Unterrichtsstörungen („Fouls“) • Gestaltung einer friedlichen Klassenatmosphäre • mehr Lernzeit • wirkt sehr gut, auch zur Prävention gegen Aggression, Drogenmissbrauch, Kriminalität • ebenso als Intervention bewährt
Olweus-Schulprogramm (Olweus 2002)	<ul style="list-style-type: none"> • Schulebene: Fragebogenerhebung, päd. Tag, Schulkonferenz, Schulhofgestaltung etc. • Klassenebene: Klassenregeln gegen Gewalt, Rollenspiele, kooperatives Lernen • persönliche Ebene: Gespräch mit Tätern/Opfern, Hilfe von neutralen Schülern • Dauer unterschiedlich 	<ul style="list-style-type: none"> • unmittelbare Gewalt (d. h. körperliche und verbale Gewalt) vermindern • Beziehungen unter Gleichaltrigen verbessern • Bedingungen schaffen, die Opfern und Tätern den Umgang miteinander innerhalb und außerhalb der Schule erleichtern

Ergebnis

Die Prävention von Verhaltensstörungen kann also durchaus auf gezielte und wissenschaftlich fundierte Programme zurückgreifen. Im Kern bleibt die präventive sozial-emotionale Förderung eine umfassende Aufgabe, die eine Ausrichtung der gesamten Schule auf erziehungskompetente Strukturen und Interaktionen erfordert. Dadurch ermöglicht präventive Erziehungshilfe oft erst die effektive und für alle Beteiligten befriedigende unterrichtliche Arbeit. Kognitive, soziale und emotionale Förderung bildet dabei eine untrennbare Aufgabe der Schule und ihrer Weiterentwicklung!

Die notwendigen Kompetenzen stellen der Lehrerfortbildung neue Aufgaben. Entsprechende Fortbildungsangebote auf wissenschaftlicher Basis stellen eine dringende Aufgabe der Hochschulen dar.

Anschrift des Autors:

Univ.-Prof. Dr. Clemens Hillenbrand
Seminar für Erziehungshilfe
Heilpädagogische Fakultät / Uni Köln
Klosterstraße 79 c, 50931 Köln
E-Mail: erziehungshilfe@hrf.uni-koeln.de

Rechtsecke

Schulpflicht hat Vorrang vor religiöser Erziehung

Eltern dürfen ihre Kinder nicht aus religiösen Gründen vollständig von der Schule abmelden. Die Schulpflicht habe grundsätzlich Vorrang vor dem Erziehungsrecht der Eltern, hat das Bundesverfassungsgericht in einem im Juni 2006 veröffentlichten Beschluss entschieden. Damit wiesen die Karlsruher Richter die Verfassungsbeschwerde eines Ehepaars aus Nordhessen ab, das drei schulpflichtige Töchter von der örtlichen Gesamtschule abgemeldet hatte. Sie waren deshalb strafrechtlich verwirrt worden.

(BVG Az.: 2 BvR 1693/0 4 – Beschluss vom 31. Mai 2006)

Die zur „Bekennenden Evangelisch-Reformierten Gemeinde“ gehörenden Eltern wollten ihre Kinder wortgetreu nach den Vorgaben der Bibel erziehen. Deshalb erachteten sie den Sexualkundeunterricht, die Vermittlung der Evolutionstheorie sowie den dort gelehrteten Werte- und Meinungspluralismus für unvereinbar mit zwingenden göttlichen Normen.

Nach den Worten einer Kammer des Zweiten Senats ist die Schule zwar zu Neutralität und Toleranz gegenüber den erzieherischen Vorstellungen der Eltern verpflichtet. Allerdings dürfe deren Erziehungsrecht durch die Schulpflicht eingeschränkt werden – auch deshalb, weil in der Schule „soziale Kompetenz im Umgang mit Andersdenkenden“ und „gelebte Toleranz“ eingeübt werden solle. „Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse daran, der Entstehung von religiös oder weltanschaulich motivierten Parallelgesellschaften entgegenzuwirken und Minderheiten zu integrieren“, heißt es in dem Beschluss. Integration verlange von solchen Minderheiten, dass sie sich einem Dialog mit Andersdenkenden nicht verschließen.

Teilnahme am Sexualunterricht verpflichtend

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Münster haben Schüler kein Recht, aus religiösen Gründen vom Sexualkundeunterricht an Schulen befreit zu werden. Es sei Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schulen, solchen Unterricht zu erteilen und dabei auch Fragen der Sexualethik zu erörtern, urteilte das Gericht und wies damit die Klage eines Schülers und seiner Eltern ab, die Anstoß am Sexualkundeunterricht für die sechsten Klassen genommen hatten. Der Schüler wohnt in einem katholischen Kolleg und besucht ein öffentliches Gymnasium im Kreis Warendorf.

(VG Münster Az.: 1 K 411/0)

Lehrer-Handy aus der Handtasche gestohlen

Lüneburg – Hat die Schulleitung das dienstliche Nutzen eines privaten Handys nicht ausdrücklich für erforderlich erklärt, gehört es nicht zu den üblichen Gegenständen, die ein Lehrer im Unterricht bei sich tragen muss. Das Gesetz regelt, dass lediglich Kleidungsstücke und andere Gegenstände, die im Dienst nötig sind, schadensersatzfähig sind. Handys gehören nicht dazu.

Nachdem das Verwaltungsgericht (VG) einer Lehrerin zunächst Schadensersatz für ein gestohlenen Privathandy zugesprochen hatte, verneinte das Obergericht (OVG) Lüneburg die Anspruchsvoraussetzung.

Entgegen dem VG kam das OVG außerdem zu der Bewertung, dass die Lehrerin grob fahrlässig gehandelt habe. Sie hatte das Handy während des Unterrichts ohne Aufsicht in einem Nebenraum in ihrer Handtasche zurückgelassen. Da Handys relativ wertvoll seien, gebiete es die Sorgfaltspflicht, sie direkt am Körper zu tragen oder in einem Schließfach sicher aufzubewahren.

(OVG Lüneburg, Beschluss vom 14. Februar 2005, Az.: 2 LA 827/04)

Obergrenze für Zuschüsse zur Klassenfahrt

Ein Realschüler aus Nordrhein-Westfalen beantragte die Erstattung der Kosten für eine mehrtägige Klassenfahrt. Er legte eine Bescheinigung der Schule vor, wonach eine Fahrt nach Südtirol geplant war und Kosten in Höhe von 300 Euro anfielen. Die Agentur für Arbeit Aachen bewilligte einen Zuschuss in Höhe von 184 Euro. Den Restbetrag habe der Kläger selbst aufzubringen. Im Widerspruchsverfahren trug der Kläger vor, der Vater sei als Empfänger von Arbeitslosengeld II nicht in der Lage, zusätzlich zu den Lebenshaltungskosten die Klassenfahrt teilweise zu finanzieren. Ohne einen weiteren Zuschuss könne er an der Klassenfahrt nicht teilnehmen.

Der Landrat des Kreises Aachen wies den Widerspruch zurück. Der Kreis Aachen habe Richtlinien erlassen, in denen unter anderem auch Beträge festgelegt seien, bis zu denen Kosten für eine Klassenfahrt als angemessen gelten. Diese Höchstbeträge berücksichtigten auch die

Regelungen der Richtlinien für Schulwanderungen und Schulfahrten in Nordrhein-Westfalen (Wander-Richtlinien), die unter anderem festlegten, dass die Kostenobergrenze für Schulwanderungen und Schulfahrten möglichst niedrig zu halten sei, um die Erziehungsberechtigten nicht unzumutbar zu belasten. Das Sozialgericht Aachen hat die Klage abgewiesen und die Festlegung einer Obergrenze für entsprechende Zuschüsse für zulässig erklärt. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Streitsache wurde die Berufung jedoch zugelassen (Az.: S 8 AS 39/05).

Bücher und andere Medien

Neuaufgabe eines Lebenswerks

Kinder zur Buchreife bringen

Vor 50 Jahren erschien die erste Fassung des Buches unter dem Titel „Jugendlektüre“ – es galt schon damals als Bambergers Hauptwerk. Der Autor hat es über viele Auflagen hinweg immer wieder ergänzt und auch diese Ausgabe, die neu bearbeitet wurde, nochmals durchgesehen. In über 400 Seiten stecken 50 Jahre Erfahrungen als Lesepädagoge, alles, was Lehrerinnen und Lehrer über Leseerziehung wissen müssen. Man kann das Buch auch wie ein Nachschlagewerk zu den einzelnen Leseerziehungsthemen benutzen.

Nur drei von zehn Kindern sind Lesetalente

Jahrzehnte vor PISA hat Bamberger bereits darauf hingewiesen, dass die Kulturtechnik Lesen Grundlage allen Lernens ist. Er hat nie verharmlost, welchen nicht zu unterschätzenden Kraftakt das Lesenlernen einem Kind abverlangt, und auf das Forschungsergebnis hingewiesen, dass nur drei von zehn Kindern von der Natur begünstigt sind und Lesen nahezu mühelos erlernen. Sieben Kinder müssen sich gewaltig anstrengen. Bamberger hörte aber auch nie auf, Lehrerinnen, Lehrern und Eltern zu vermitteln, dass sich die Mühe lohnt und es möglich ist, mit Geschick und Geduld nahezu alle Kinder „zum Lesen zu verlocken“. Immerhin: 90 Prozent der Kinder lassen sich zur „Buchreife“ bringen.

Der BLLV hat vor einigen Jahren Bambergers Lebenswerk mit dem Wilhelm-Ebert-Preis ge-

Die spannendste Meldung

„Die Schulen erhalten spätestens im August 2006 die Informationen über die genaue Höhe des Schulbudgets für den Zeitraum bis zum Beginn der Weihnachtsferien 2006. Das Budget für 2007 wird rechtzeitig mitgeteilt.“

(aus „Hessen handelt – wir schaffen die Verlässliche Schule“ vom Februar 2006)

Jetzt wissen wir auch, was „rechtzeitig“ heißt. Immerhin schreiben wir seit einem Monat das Jahr 2007 und dessen Haushalt ist lange verabschiedet. So warten wir dann jetzt auf die Mittel für die schuleigene Fortbildung. Wenn unsere Schulen so arbeiteten – was sagte dann die Inspektion?

ehrt, dem kurz darauf, 2004, ein Ehrendoktor der Universität Dortmund folgte. Was den unermüdlichen Vorkämpfer und Anreger in Sachen Leselerziehung jedoch am meisten freute, war, dass der BLLV sein Projekt „Leistungs- und Motivationssteigerung im Lesen“ (mit seinen Schul-Jugendzeitschriften FLOHKISTE/floh! als Plattform) umgesetzt hat. In diesem Schuljahr werden in Bayern mehr als 150.000 Kinder daran teilnehmen.

In jedes Klassenzimmer eine Bibliothek

Bamberger war derjenige, der sich als Erster dafür eingesetzt hat, Lesen nicht nur als eine Sache des Deutschunterrichtes zu sehen, sondern auch zum Gegenstand anderer Fächer zu machen. Den Lehrerinnen und Lehrern empfahl er, Vorbild für ihre Schülerinnen und Schüler zu sein. Sie sollten zeigen, dass sie eine positive Einstellung zum Buch und zum Lesen hätten. Dieses Vorbild hat Bamberger selbst durch seine bisherige Arbeit in überzeugender Art und Weise verkörpert. Der jetzt neu aufgelegte und überarbeitete Band „Erfolgreiche Leselerziehung – Theorie und Praxis“ fasst seine Arbeit zusammen.

Bamberger fordert in diesem Band, die Rahmenbedingungen für Leseförderung zu verbessern. Eine ganz wichtige Rahmenbedingung für eine funktionierende Leseförderung ist demnach, dass Kinder und Jugendliche überhaupt die Möglichkeit haben, leicht an Bücher heranzukommen. Nicht nur in jeder Schule, in jedem Klassenzimmer, fordert Bamberger, sollte es zu mindest eine kleine Bibliothek geben. Kinder und Jugendliche müssen mit viel mehr kreativen Methoden an das Lesen herangeführt werden, dabei zugleich behutsam und nachhaltig. Richard Bamberger hat immer wieder gefordert, Kinder und Jugendliche zum Lesen zu verlocken. „Lesen lernt man durch Lesen“, ist seine Devise. In seinem Buch stellt er Konzeptionen und Anwendungsbeispiele für einen erfolgreichen Aufbau von Lesekultur vor. Die szenische Darstellung von Erzählungen, das eigene Umschreiben von Gelesenem, Märchenwerkstätten und der kreative Einsatz von Computern – jedes Kapitel weist zahlreiche konkrete Wege. Zudem werden alle grundlegenden Aspekte von Theorie und Praxis der Leselerziehung umfassend behandelt. Bamberger wählt den Weg des chronologischen Durchgangs. Er beginnt bei der Kleinkinderziehung und endet bei anspruchsvollen Texten wie Gedichten und Dramen für Jugendliche. Die Darstellung zeichnet sich durch eine angenehme Balance zwischen Allgemeinverständlichkeit und wissenschaftlichem Anspruch aus.

Grundsteine für Lesekompetenz

An vielen Stellen wird die wissenschaftliche Literatur nicht nur genannt, sondern gleich auch noch kommentiert. Besonders hilfreich ist die Art, wie einzelne Aspekte von Leselerziehung dargestellt und mit Hinweisen auf weiterführende Literatur verbunden werden. Richard Bamberger bietet so die Möglichkeit einer kontinuier-

lichen Leselerziehung durch Eltern und Lehrerinnen und Lehrer bis hin zum Selbst-lesen-Wollen. So werden erste Grundsteine für die Lesekompetenz gelegt, die auch in der Informationsgesellschaft so dringend nötig sind. Den im Anhang mitgegebenen Beispielen für Lesetests und sogenannten Blitzübungen im Lesen, die es wert sind, in den Schulalltag übernommen zu werden, merkt man an, wie intensiv sich Bamberger über sein ganzes Leben mit der Leselerziehung auseinandergesetzt hat. Man kann den vorliegenden Band getrost als grundlegendes Standardwerk zur Leselerziehung bezeichnen.

Dr. Ludwig Eckinger, Vizepräsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Richard Bamberger

„Erfolgreiche Leselerziehung – Theorie und Praxis“

Herausgegeben vom VBE mit seinen 16 Landesverbänden und der Stiftung LERNEN der Schul-Jugendzeitschriften Flohkiste und floh!, Domino Verlag, München 2006, 464 S., 25 €

Lektüre für Leseratten

Der „Brockhaus Literatur“ in einer Neuauflage erschienen

Was ist eine Alliteration? Welche Autoren ver schrieben sich dem Poetismus? Wovon handelt ein Schuldrama, wenn nicht von schlechten Noten? Die dritte, aktualisierte Auflage des „Brockhaus Literatur“ ist ein Muss für alle Bücherwürmer, aber auch für Menschen, die sich in Ausbildung und Beruf mit Literatur be fassen. Insgesamt 4.000 Stichwörter, darunter etwa 3.000 Biografien von Schriftstellern, sind auf den rund 1.000 Seiten zu finden. Sachbe griffe wie z. B. „Commedia dell’Arte“ oder das Versmaß „Trochäus“ werden verständlich er klärt. Verweistafeln zu den großen Epochen der Literatur stellen diese in ihren historischen Kontext und bieten verwandte Begriffe zum Nachschlagen an. 1.200 Abbildungen und Ta bellen machen Literatur anschaulich.

24 ausführliche Sonderartikel behandeln zen trale Themen des Literaturbetriebs wie „Auto graphen“ als Zeugnisse des Dichtens, „Pseu donym“ oder die Beziehung zwischen „Film und Literatur“.

Von Homers „Odyssee“ bis hin zu Rushdies „Satanischen Versen“: 150 grafisch hervor gehobene Infokästen laden zu einem chrono logischen Streifzug durch die Hauptwerke der Weltliteratur, zu ihrem Inhalt, ihrer Bedeu tung und Wirkungsgeschichte ein.

Über welchem Werk Goethe verstarb, zu wel cher Theatergruppe der junge Shakespeare gehörte und welchen Beruf Hemingway als junger Mann ausübte, lässt sich im „Brockhaus Literatur“ schnell nachschlagen.

Doch die dritte Auflage bietet weit mehr als die großen Dichter und Denker vergangener Tage. Im aktuellen Nachschlagewerk sind

auch Gegenwartsautoren wie Elfriede Jelinek oder Gabriel Garcia Márquez verzeichnet.

Fazit: Bücherrarren brauchen Brockhaus. (So klingen Alliterationen.)

„Der Brockhaus Literatur“

Schriftsteller, Werke, Epochen, Sachbegriffe
3. aktualisierte Auflage
4.000 Stichwörter, 1.200 Abbildungen und Tabellen, 150 Infokästen zu Hauptwerken der Weltliteratur, 120 Infokästen zu Hintergründen aus der Literaturgeschichte, 24 Sonderartikel, 24 Epochentafeln. Gebunden, im Schuber, 960 Seiten, Preis 49,95 €
ISBN-10: 3-7653-3133-3, Bibliographisches Institut und F. A. Brockhaus AG Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 2007

So macht Physik Spaß

Die meisten Menschen benutzen einen Kühl schrank oder besteigen ein Flugzeug, ohne zu wissen, wie es funk tioniert. Sie haben keine Ahnung von Physik. Das muss nicht so sein, meint Professor Epstein, und hat mit einem ganz besonderen Physikbuch Abhilfe geschaffen: Alltagsphysik als Denksport-Aufgabe nach dem Multiple-Choice-Prinzip.



In der Schule hört man in der Regel zuerst die Antworten und bekommt dann in der Prüfung die Fragen vorgelegt. Lewis C. Epstein stellt zuerst die Frage und schlägt gleich mehrere Antworten vor: So kann man erst mal selbst nachdenken und dann nachsehen, ob man richtig liegt. Auf diese Weise bekommt der Leser verständlich und witzig die Grundlagen der Physik vermittelt – und das auch noch fast ohne Formeln!

Das amerikanische Original, das 1979 erstmals erschien, ist bereits – immer wieder aktuali siert – in 16. Auflage erhältlich.

Jedes der Großkapitel >Mechanik<, >Fluidik<, >Wärme<, >Schwingungen<, >Licht<, >Elek trizität & Magnetismus<, >Relativität< und >Quanten< endet mit einem kleinen Fragen teil, die dem Leser selbst zum Knobeln über lassen sind. Einfach physikalisch denken!

Zahlreiche witzige Illustrationen lockern diese Einführung in die Physik für Schüler und Stu denten, für Laien und Fachleute auf.

Lewis C. Epstein

Denksport-Physik

Fragen und Antworten

Aus dem Englischen übersetzt und für die deutsche Ausgabe bearbeitet von Prof. Dr. habil. Hans-Eberhard Lessing;
Deutsche Erstausgabe November 2006
Durchgehend illustriert, 580 Seiten, 19,50 €
Klappenbroschur; dtv premium 24556

Das Buch der Gedichte

Standardwerk deutscher Dichtkunst für die Schule überarbeitet

Vom „Wessobrunner Gebet“ aus dem 9. Jahrhundert bis zur „ParSerkäuferin“ der Gegenwart: Das Standardwerk „Conrady: Das Buch der Gedichte – Deutsche Lyrik von den Anfängen bis zur Gegenwart“ liegt in der Neubearbeitung vor. Die Anthologie ist speziell für den Schulunterricht konzipiert, umfasst rund 1.000 deutschsprachige Gedichte und bietet umfangreiches Material für den Unterrichtseinsatz.

Der neue Conrady besticht durch die Vielzahl lyrischer Gattungen und Genres mit Beispielen aus allen Epochen. Neben vertrauten, zum Kanon zählenden Gedichten wurden verstärkt neuere und zeitgenössische Texte junger Lyriker sowie zentrale Gedichte von DDR-Autoren aufgenommen. Diese lebendige Textmischung macht den Conrady in hohem Maße schultauglich: Bewährte Texte stehen neben reizvoller neuer Lyrik, schwere neben leichten, heitere Texte neben traurigen oder solchen zum Nachdenken. Dabei wartet der Conrady mit einer weiteren Besonderheit auf: Mit der Aufnahme von Gedichten aus der englischen und amerikanischen Lyrik sowie französischen Texten reagiert die Neuausgabe auf die konstant ansteigende Forderung nach Vielsprachigkeit.

Die Neubearbeitung orientiert sich konsequent am Schulalltag und zeigt sich in einem leserfreundlichen Gewand: Texte mit Anmerkungen und Angaben zum Entstehungsdatum stehen direkt auf einer Seite und sind mit einem Zeilenzähler versehen. Ein systematisches Register nach Themen, Autoren und Gedichtanfängen bietet die Möglichkeit für selbstständige Recherche. Gegenüberstellungen, wie etwa die von Originaltext und Übersetzung, von verschiedenen Fassungen desselben Textes oder von aufeinander reagierenden Texten, machen entdeckendes Lernen möglich, indem sie zum Vergleichen von Gedichten anregen. Die Anthologie ist vielfältig im Unterricht einsetzbar und eignet sich auch für die Stillarbeit, Arbeit in Gruppen und für die Binnendifferenzierung.

„Conrady: Das Buch der Gedichte. Deutsche Lyrik von den Anfängen bis zur Gegenwart“ baut auf dem großen Textrepertoire des 1987 von Karl Otto Conrady herausgegebenen „Buch der Gedichte“ auf und wurde von Cornelsen eigens für die Schule konzipiert.

Conrady
Das Buch der Gedichte
Deutsche Lyrik von den Anfängen bis zur Gegenwart
Gedichtband; Neue Ausgabe;
Hrsg. Hermann von Korte,
Cornelsen Verlag 2006
ISBN: 3-06-060138-0,
664 Seiten, Festeinband, 28,95 €

Von der Stellensuche bis zum Vorstellungsgespräch

Sich überzeugend und professionell zu bewerben, ist heute wichtiger denn je. Eine sprachlich und formal korrekte, gut aufgebaute Bewerbung kann darüber entscheiden, ob man es in die engere Wahl für eine Stelle schafft. Praktische und kompetente Unterstützung für die gelungene und erfolgreiche Bewerbung bietet der Ratgeber „Professionelles Bewerben – leicht gemacht“ von Duden, der jetzt in 2., aktualisierter Auflage erschienen ist. Das 352 Seiten umfassende Taschenbuch enthält klare Anleitungen zur korrekten Gestaltung der Bewerbungsunterlagen, zahlreiche Formulierungshilfen für Anschreiben und Lebenslauf, 40 Musterbriefe und -lebensläufe sowie viele konkrete Tipps von der Stellensuche bis zum Vorstellungsgespräch. Der praktische Helfer berücksichtigt auch die Besonderheiten der Initiativ- sowie der E-Mail- und Onlinebewerbung und beinhaltet außerdem einen Sonder- teil mit Sprachtipps für korrektes Deutsch. Selbstverständlich entspricht die Neuausgabe der seit August 2006 verbindlichen Rechtschreibregelung. Dieser Dudenratgeber eignet sich für alle, die Arbeit suchen, und ist für 9,95 Euro im Handel erhältlich. Zum selben Preis steht er als E-Book zum Herunterladen im Downloadshop von Duden zur Verfügung: www.duden.de/downloadshop.

Der Bewerbungsratgeber von Duden richtet sich vor allem an „durchschnittliche“ Stellensuchende und nicht nur an Idealbewerber mit hervorragenden Zeugnissen und lückenlosem Lebenslauf. Nach zahlreichen Tipps zum Vorgehen bei der Stellensuche geht der Dudenband ausführlich darauf ein, wie man souverän mit Abweichungen vom gewünschten Stellenprofil, Studien- und Ausbildungsabbrüchen, Zeiten der Arbeitslosigkeit und anderen vermeintlichen oder tatsächlichen Defiziten umgeht. Anschließend behandelt der Dudenratgeber Schritt für Schritt die verschiedenen Bestandteile einer schriftlichen Bewerbung, angefangen bei Umschlag und Adressierung über die Zusammenstellung der erforderlichen Zeugnisse und Tätigkeitsnachweise bis hin zur formalen und inhaltlichen Gestaltung von Anschreiben und Lebenslauf: Was gehört alles ins Anschreiben? Wie gliedere ich meinen Lebenslauf? Welche Zeugnisse muss ich beilegen? Benötige ich ein Deckblatt? Übersichtliche Tabellen und Checklisten sowie Formulierungshilfen leisten praktische Hilfestellung. 40 Musterbriefe und -lebensläufe stellen verschiedene Bewerbungssituationen und Biografien beispielhaft dar.

In zwei Kapiteln geht der Ratgeber auch auf die besonderen Anforderungen einer E-Mail- oder Onlinebewerbung ein: Wann ist eine E-Mail-Bewerbung sinnvoll? Was ist dabei zu beachten? Wie bewerbe ich mich auf Firmenseiten? Ein weiterer Sonderteil behandelt die Vorgehensweise beim Formulieren eines Nachfassbriefs. Außerdem enthält der Dudenratgeber „die 11 wichtigsten Tipps für das Vorstellungsgespräch“

sowie einen rund 160 Seiten starken Sonderteil mit praxisorientierten Sprachtipps und Hinweisen für korrektes Deutsch.

Mehr Infos und Service zum Buch gibt es auf der Duden-Homepage unter www.duden.de/bewerbungsratgeber. Dort finden sich auch ein Probekapitel im PDF-Format zum kostenlosen Herunterladen, ein Interview mit den Machern des Ratgebers, eine Linkliste mit ausgewählten Internet-Jobbörsen und den interaktiven Test „Sind Sie fit für Ihre Bewerbung?“.

Für alle, die es kurz und knapp mögen, bietet der Dudenverlag außerdem die Broschüre „Erfolgreich bewerben – kurz gefasst“ an, die in 2., aktualisierter Auflage vorliegt. Zum Preis von nur fünf Euro ist sie im Handel oder als E-Book im Downloadshop des Dudenverlags unter www.duden.de/downloadshop erhältlich.

Duden:

Professionelles Bewerben – leicht gemacht
2., aktualisierte Auflage 2007
352 Seiten, kartoniert, Dudenverlag Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 2007, 9,95 €
ISBN-13: 978-3-411-72232-7

Ius fix – (R)(r)echt schnell

Das Hessische Schulgesetz und wichtige Verordnungen und Erlasse für den Schulalltag auf einer CD präsentiert Ihnen

der Verband Bildung und Erziehung,
Landesverband Hessen e. V.



Damit die Suche leichter wird, haben wir die Inhaltsverzeichnisse mit Links versehen: Ein Mausclick reicht und Sie sind an der gewünschten Textstelle. Für das Hessische Schulgesetz haben wir zusätzlich ein Stichwortverzeichnis angelegt und dem Gesetzestext, mit Links versehen, vorangestellt.

Die vorliegende CD wird ständig überarbeitet und erweitert. Für Anregungen und Hinweise sind wir dankbar. Mindestanforderung für das Arbeiten mit der CD ist Microsoft WORD 97.

Ius fix ist zu bestellen bei:

VBE-Landesgeschäftsstelle Hessen
Postfach 1209 · 63530 Mainhausen
Fernruf: 0 61 82/89 75 10
Fernkopie: 0 61 82/89 75 11
E-Mail: vbe-he@t-online.de

Kostenbeitrag: 15,- € (Mitglieder 7,50 €)
einschließlich Versandkosten

Der VBE ist für den Inhalt der Gesetze, Verordnungen und Erlasse nicht verantwortlich. Rechtliche Ansprüche lassen sich aus dieser Veröffentlichung gegen den VBE nicht ableiten. Das Copyright für die Zusammenstellung und Gestaltung liegt beim VBE Hessen. Das unberechtigte und unerlaubte Kopieren ist deshalb nicht erlaubt.

Informationen

Musterklagen gegen Einschränkungen

Weniger Kilometergeld, Arbeitszimmer nicht mehr absetzbar

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 (BGBl. S. 1.652 ff.) wurde unter anderem beschlossen, dass ab dem Jahr 2007 die Möglichkeit, Kosten für die Fahrt zum Arbeitsplatz (Entfernungspauschale) geltend zu machen, auf Fahrten von über 20 km eingeschränkt wird. Bisher konnten diese Aufwendungen mit 0,30 Euro pro Kilometer vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden. Ab dem 1. Januar 2007 wird dies erst ab dem 21. Kilometer möglich sein.

Darüber hinaus wird die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer auf die Fälle begrenzt, in denen dieses den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet. Die bisher zugelassene Variante, dass ein begrenzter Abzug erfolgen kann, falls kein anderer Arbeitsraum zur Verfügung steht, fällt damit weg. Die Kosten für Arbeitsmittel, die die Lehrkraft in ihrem Arbeitszimmer oder außerhalb des Arbeitszimmers verwendet, müssen dagegen nach wie vor steuerlich anerkannt werden. Arbeitsmittel sind Gegenstände, die zur Erledigung von beruflichen Aufgaben geeignet sind und die tatsächlich so gut wie ausschließlich für berufliche Zwecke genutzt werden.

Arbeitsmittel können insbesondere sein: Schreibtisch nebst Schreibtischstuhl, Sideboard, Schreibtischlampe, Papierkorb, Bücherregal oder -schrank, Schreibmaschine, Computer und Computertisch, Diktiergerät, Fachliteratur etc.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Da insbesondere Schulen keine angemessenen Arbeitsräume für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zur Verfügung stellen, ist eine steuerliche Berücksichtigung der Aufwendungen für ein Arbeitszimmer unerlässlich. Dies gilt umso mehr angesichts der großen Verantwortung, die Lehrer bei der Benotung und Wissensvermittlung zu tragen haben. Es kann nicht verlangt werden, dass diese eindeutig berufsbedingten Aufgaben, zu denen regelmäßig ein Arbeitszimmer benötigt wird, allein der privaten Lebenssphäre zugeordnet werden. Der Beamtenbund zweifelt, dass diese Vorschriften von der Verfassung gedeckt sind, und wird in beiden Fällen Musterverfahren führen, um die Rechtmäßigkeit der Neuregelungen höchstrichterlich prüfen zu lassen. Entsprechende Musterkläger wurden bereits gefunden.

Einsprüche gegen Steuerbescheide einlegen

Für alle, die nicht Kläger in einem dieser Musterverfahren sind, gilt es, Steuerbescheide, die

auf diesen Regelungen beruhen, nicht bestandskräftig werden zu lassen und Einspruch einzulegen. Die beschriebenen Neuregelungen gelten erst ab dem Veranlagungszeitraum 2007. Das bedeutet, dass sie erstmals bei der Steuererklärung für das Jahr 2007 zu berücksichtigen sind, die ja in der Regel 2008 zu fertigen ist.

(Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbunds, in „Bayerische Schule“ 12/2006)

Einmalzahlung und Altersteilzeit

Wie bekannt, wird in Hessen für die Jahre 2006 und 2007 jeweils eine Einmalzahlung von 250,00 Euro an vollzeitbeschäftigte Beamtinnen und Beamte gewährt. Teilzeitkräfte erhalten die Einmalzahlung entsprechend ihrer zeitanteiligen Beschäftigung.

Auch Altersteilzeit ist eine Teilzeitbeschäftigung, und zwar, über den ganzen Zeitraum gesehen, eine Halbtagsbeschäftigung. Dies hat zur Folge, dass den Altersteilzeitern, und zwar unabhängig davon, ob sie sich in der Vollarbeitsphase oder in der Freistellungsphase befinden, diese Einmalzahlung hälftig zusteht.

Wichtig ... Wichtig ... Wichtig

Kindergeld

Einkünfte des Kindes, die den Jahresgrenzbetrag von 7.680 Euro überschreiten, führen zu einem Wegfall des Kindergeldanspruchs.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Jahr 2005 entschieden, dass die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung nicht als Einkommen bewertet werden dürfen. Der dritte Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat mit zwei jetzt veröffentlichten Urteilen festgestellt, dass auch Beiträge eines beihilfeberechtigten Kindes für die freiwillige Kranken- und Pflegeversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Urteil vom 16. November 2006, Az.: III R 74/05) oder für eine private Kranken- und Pflegeversicherung (Urteil vom 14. Dezember 2006, Az.: III R 24/06) nicht miteinbezogen werden dürfen. Die genannten Beiträge zählen also nicht zu den Einkünften des Kindes.

Eine Einbeziehung der Einkünfte, welche Kinder für diese Versicherungen aufwenden, in die Bemessung des Jahresgrenzbetrags würde nach Ansicht des BFH gegen den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 GG verstoßen.

Wie können Betroffene ihre Rechte wahren?

- Eltern, die bisher keinen Antrag auf Kindergeld gestellt haben, können überprüfen, ob nach Abzug der Krankenversicherungsbeiträge die für das Jahr maßgebliche Grenze nicht überschritten wurde. In diesem Fall könnte rückwirkend ein Kindergeldantrag gestellt werden. Ist ein Kindergeldanspruch bereits bestandskräftig abgelehnt worden, dann besteht die Möglichkeit, das Kindergeld für die Zeit

nach dem vom Ablehnungsbescheid erfassten Zeitraum zu beantragen.

- Ein Musterschreiben zur rückwirkenden Inanspruchnahme von Kindergeld für den Personenkreis, der aufgrund der bis dato geltenden Rechtsauffassung kein Kindergeld beantragt hat, finden Sie im Anschluss an diesen Info-Text. Die für den Kindergeldantrag erforderlichen Unterlagen sollten jeweils in Kopie beigefügt werden. Kindergeld kann rückwirkend höchstens für vier abgeschlossene Jahre und das laufende Jahr festgesetzt werden.

- In bereits anhängigen Rechtsbehelfsverfahren sollte ausdrücklich, unter Angabe des Aktenzeichens, auf die betreffende Entscheidung des Bundesfinanzhofs hingewiesen werden. Bei erfolgter Ablehnung eines Antrags auf Gewährung von Kindergeld sollte hiergegen innerhalb eines Monats mit einem Einspruch vorgegangen werden.

- Die Urteile des Bundesfinanzhofs für Kindergeldbezieher können auch Auswirkungen auf die Besoldung von Beamten mit Kindern in Ausbildung haben. § 40 Abs. 2 BBesG legt fest, dass diejenigen Beamten einen Anspruch auf den Familienzuschlag der Stufe 2 haben, denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde. Die Stufe richtet sich nach der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder.

- Sollte insoweit ein Kindergeldanspruch bestehen, könnte Beamten der Familienzuschlag der Stufe 2 oder der folgenden Stufen zustehen. Insofern ist es betroffenen Beamten anzuraten, parallel zu Maßnahmen in Bezug auf das Kindergeld bei ihrem Dienstherrn einen Antrag auf Gewährung des entsprechenden Familienzuschlags zu stellen.

Musterbrieftext:

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit den Urteilen vom 16. November und 14. Dezember 2006 (Az.: III R 74/05; III R 24/06) hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass bei der Überprüfung der Einkommengrenzen für den Anspruch auf Zahlung von Kindergeld nach § 32 EStG Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung berücksichtigt werden müssen.

Die Einkünfte meines Kindes im Jahre beliefen sich abzüglich Werbungskosten und Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge auf €.

Ich bitte daher – unter Bezugnahme auf die genannten Entscheidungen – rückwirkend Kindergeld für die Jahre zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)

Vorsorge treffen

Wir erinnern Sie aus aktuellem Anlass an ein Thema, das für viele immer noch ein Tabu ist: die Vorsorge für den Sterbefall. Sicherlich haben auch Sie es seinerzeit in der Presse verfolgt. Die Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Beihilfe des Bundes und der angeschlossenen Länder haben dieses Problem noch verschärft: Das Sterbegeld wurde bereits zum 1.01.2004 komplett gestrichen, auch für Familienangehörige. Ständig steigender Vorsorgebedarf und zahlreiche Anfragen aus Ihren Reihen zur Gruppen-Sterbegeldversicherung hatten uns veranlasst, Ihnen ein Angebot für diese Vorsorgemöglichkeit zu unterbreiten. Denn aus unserer Sicht ist die private Vorsorge unbedingt erforderlich. Nach Angaben des Bundesverbandes der Bestattungsunternehmen liegen bei realistischer Betrachtung die Kosten einer Bestattung (z. B. Bestatterleistungen, Friedhofsgebühren, Grabstein, Trauerfeier usw.) zwischen 5.000 und 10.000 EURO.

Nutzen Sie die Gelegenheit! Für sich selbst oder auch für Ihre Familienangehörigen. Nach unserem Ermessen ist doch gerade eine gegenseitige finanzielle Absicherung für den Todesfall sinnvoll.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir in diesem Zusammenhang, dass die Auszahlung des Sterbegeldes auch weiterhin ertragssteuerfrei bleibt. Nach dem Angebot können Sie als Mitglied ebenso wie Ihre Familienangehörigen eine Sterbegeldversicherung bis zu 12.500 EURO Versicherungssumme beantragen. Die Bedingungen und Einzelheiten der Versicherung können Sie – ggf. erneut – bei der VBE-Geschäftsstelle abfragen. Versicherungsträger ist die DBV-Winterthur Lebensversicherung Aktiengesellschaft in Wiesbaden.

Die wesentlichen Vorteile unseres Angebotes hier noch einmal im Überblick: niedrige Beiträge, Überschussbeteiligung, Eintrittsalter bis 90 Jahre, keine Gesundheitsprüfung, dadurch garantierte Aufnahme, Versicherungssummen bis zu 12.500 EURO, doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod (bei Eintrittsaltern bis 74 Jahre).

Vorankündigung

Gymnasiale Fachtagung am 21. April 2007

„Gymnasiale Bildung in Hessen – Nachhaltige Qualitätssicherung oder Weg in die Sackgasse?“

Grundsatzreferate

zum Sachstand des Landesabiturs, zur Ausstattung der Schulen und ihren Rahmenbedingungen sowie zur Personalausstattung und -versorgung und zur Unterrichtsgarantie Plus

Podiumsdiskussion

„Qualität im gymnasialen Bereich – sind die eingeschlagenen Wege Holzwege?“

Alles wird teurer – wir nicht!

Trotz höherer Versicherungssteuer ab 01.01.2007 preiswert wie eh und je: HEB

FINANZtest 12/2004
09/2005
Die HEB Hausratversicherung gehört zu den preiswertesten.

Was preiswert ist muss preiswert bleiben

Unsere Markenzeichen:

- unverändert günstige Beiträge
 - maßgeschneiderte Vertragsgestaltung
 - zuverlässige Beratung
 - schnelle Schadensregulierung
- für den öffentlichen Dienst**

Seit über 100 Jahren sind wir als Hausratversicherer in Hessen erfolgreich. Jetzt versichern wir den öffentlichen Dienst auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Noch Fragen? Dann sprechen Sie uns einfach an:

Hausratversicherung für Erzieher und Beschäftigte im öffentlichen Dienst
Darmstädter Straße 66-68 · 64372 Ober-Ramstadt
Tel.: 0 61 54/63 77 77 · Fax: 0 61 54/63 77 57
E-Mail: kontakt@heb-hessen.de · www.heb-hessen.de

► HEB – preiswert, schnell, zuverlässig

Beispielrechnungen

Tarifzone 1 (z. B. Heilbronn, Pirmasens, Marburg, ...)

Versicherungssumme 100.000,- €
Jahresbeitrag (incl. Vers.-Steuer) 80,- €

Tarifzone 2 (z. B. Stuttgart, Worms, Kassel, ...)

Versicherungssumme 100.000,- €
Jahresbeitrag (incl. Vers.-Steuer) 120,- €

Tarifzone 3 (z. B. Frankfurt, Offenbach, ...)

Versicherungssumme 100.000,- €
Jahresbeitrag (incl. Vers.-Steuer) 140,- €

Glasversicherung

Jahresbeiträge (incl. Vers.-Steuer)
Wohnung 18,- €
Haus 24,- €
Glaskeramik-Kochfeld 9,- €



gegründet 1897

Die beste Meldung

„Die Kultusministerinnen und Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland sowie die Vorsitzenden der Lehrverbände und Gewerkschaften sehen sich gemeinsam in der Verantwortung für die Weiterentwicklung von Bildung und Erziehung in deutschen Schulen. ... In der konsequenten Verwirklichung des Prinzips „Fördern und Fordern“ in Schule und Unterricht sehen sie eine der zentralen Herausforderungen. ... Solche Veränderungen können nur gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern und den sie unterstützenden Partnern gelingen. In allen Ländern bedarf es deshalb eines am gegenwärtigen Reformprozess orientierten systematischen Angebotes an Lehrerfort- und -weiterbildung. ... Hierfür werden sich die Kultusministerinnen und Kultusminister stark machen. ... Schon heute sind Schulen und ihr Personal insgesamt hoch belastet. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten unter Voraussetzungen, die es für sie manchmal sehr schwer machen, ihre Aufgaben zu erfüllen. ... Die neue Unterrichts- und Schulkultur muss zügig und nachhaltig realisiert werden. Wenn durch zurückgehende Schülerzahlen Mittel frei werden, müssen diese gezielt ... eingesetzt werden. ... Die Unterzeichner werden nach Ablauf von zwei Jahren eine gemeinsame Einschätzung zur Umsetzung der hier getroffenen Vereinbarungen vornehmen.“ (aus „Gemeinsame Erklärung der Bildungs- und Lehrgewerkschaften und der Kultusministerkonferenz: „Fördern und Fordern – eine Herausforderung für Bildungspolitik, Eltern, Schule und Lehrkräfte“ vom 16. Oktober 2006)

Diese Erklärung haben alle bundesweiten Lehrverbände und Gewerkschaften wie der VBE unterzeichnet. Ein wichtiger und richtiger Schritt: Lehrgewerkschaften und die Kultusministerkonferenz vereinbaren Maßnahmen, die in zwei Jahren überprüft werden sollen. Es geht nur mit den Lehrkräften und nicht gegen sie ...

Den Menschen, die man liebt, sollte man sagen, dass sie etwas Besonderes sind ...

Eines Tages bat eine Lehrerin ihre Schüler, die Namen aller anderen Schüler der Klasse auf ein Blatt Papier zu schreiben und ein wenig Platz neben den Namen zu lassen. Dann sagte sie zu den Schülern, sie sollten überlegen, was das Netteste sei, das sie über jeden ihrer Klassenkameraden sagen könnten, und das sollten sie neben die Namen schreiben. Es dauerte die ganze Stunde, bis jeder fertig war, und bevor sie den Klassenraum verließen, gaben sie ihre Blätter der Lehrerin.

Am Wochenende schrieb die Lehrerin jeden Schülernamen auf ein Blatt Papier und daneben die Liste der netten Bemerkungen, die ihre Mitschüler über den einzelnen aufgeschrieben hatten.

Am Montag gab sie jedem Schüler seine oder ihre Liste.

Schon nach kurzer Zeit lächelten alle. „Wirklich?“, hörte man flüstern ... „Ich wusste gar nicht, dass ich irgendjemandem was bedeute!“ und „Ich wusste nicht, dass mich andere so mögen“, waren die Kommentare.

Niemand erwähnte danach die Listen wieder. Die Lehrerin wusste nicht, ob die Schüler sie untereinander oder mit ihren Eltern diskutiert hatten, aber das machte nichts aus. Die Übung hatte ihren Zweck erfüllt. Die Schüler waren glücklich mit sich und mit den anderen.

Einige Jahre später war einer der Schüler in Vietnam gefallen und die Lehrerin ging zum Begräbnis dieses Schülers. Die Kirche war überfüllt mit vielen Freunden. Einer nach dem anderen, der den jungen Mann geliebt oder gekannt hatte, ging am Sarg vorbei und erwies ihm die letzte Ehre. Die Lehrerin ging als letzte und betete vor dem Sarg. Als sie dort stand, sagte einer der Soldaten, die den Sarg trugen, zu ihr: „Waren Sie Marks Mathelehrerin?“ Sie nickte: „Ja“. Dann sagte er: „Mark hat sehr oft von Ihnen gesprochen.“

Nach dem Begräbnis waren die meisten von Marks früheren Schulfreunden versammelt. Marks Eltern waren auch da und sie warteten offenbar sehnsüchtig darauf, mit der Lehrerin zu sprechen. „Wir wollen Ihnen etwas zeigen“, sagte der Vater und zog eine Geldbörse aus seiner Tasche. „Das wurde gefunden, als Mark gefallen ist. Wir dachten, Sie würden es erkennen.“ Aus der Geldbörse zog er ein stark abgenutztes Blatt, das offensichtlich zusammengeklebt, viele Male gefaltet und auseinandergefaltet worden war. Die Lehrerin wusste ohne hinzusehen, dass dies eines der Blätter war, auf denen die netten Dinge standen, die seine Klassenkameraden über Mark geschrieben hatten. „Wir möchten Ihnen so sehr dafür danken, dass Sie das gemacht haben“, sagte Marks Mutter. „Wie Sie sehen können, hat Mark das sehr geschätzt.“

Alle früheren Schüler versammelten sich um die Lehrerin. Charlie lächelte ein bisschen und sagte: „Ich habe meine Liste auch noch. Sie ist in der obersten Lade in meinem Schreibtisch“. Chucks Frau sagte: „Chuck bat mich, die Liste in unser Hochzeitsalbum zu kleben.“

„Ich habe meine auch noch“, sagte Marilyn. „Sie ist in meinem Tagebuch.“ Dann griff Vicki, eine andere Mitschülerin, in ihren Taschenkalender und zeigte ihre abgegriffene und ausgefranzte Liste den anderen. „Ich trage sie immer bei mir“, sagte Vicki und meinte dann: „Ich glaube, wir haben alle die Listen aufbewahrt.“

Die Lehrerin war so gerührt, dass sie sich setzen musste und weinte. Sie weinte um Mark und für alle seine Freunde, die ihn nie mehr sehen würden.

Im Zusammenleben mit unseren Mitmenschen vergessen wir oft, dass jedes Leben eines Tages endet und dass wir nicht wissen, wann dieser Tag sein wird. Deshalb sollte man den Menschen, die man liebt und um die man sich sorgt, sagen, dass sie etwas Besonderes und Wichtiges sind. Sag es ihnen, bevor es zu spät ist.

(Aus: rheinland-pfälzische schule 12/2006)